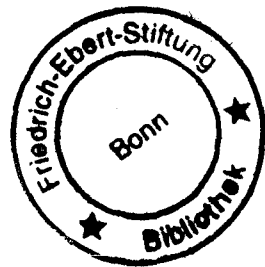


Von Hamburg verstehen wir mehr. Gerade in schwierigen Zeiten.

*Für ein starkes Hamburg,
für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft,
für eine lebenswerte Zukunft !*

A 97 - 09603

SPD



A 97 - 09603

Sozialdemokratisches Hamburg - Programm 1997-2001

Die Zeit weitreichender Veränderungen	S. 3
Eine moderne Gesellschaft braucht einen handlungsfähigen Staat	S. 4
Mit klarem Kurs durch die Krise: Politik mit Augenmaß für Hamburg	S.4
I. Wirtschaftsstandort Hamburg: eine innovative und investitionsfreundliche Metropole	S. 5
Die Stärke des Standorts nutzen	S. 6
Für einen leistungsstarken Hafen	S. 9
Medienstadt Hamburg	S. 9
II. Gerechte soziale Stadt	S. 10
Arbeitsplätze sichern und schaffen	S. 10
Sozialstaat erhalten	S. 12
Gemeinsam mit den älteren Menschen die Zukunft gestalten	S. 13
Medizinische Versorgung sichern	S. 13
Hilfe statt Strafe für Drogenabhängige	S. 14
Betreuung, Förderung und Integration von Behinderten	S. 15
III. Hamburg für die Zukunft entwickeln und gestalten	S. 16
Vorausschauende Stadtentwicklung und soziale Wohnungspolitik	S. 16
Umweltverträgliche Verkehrspolitik	S. 18
Hamburgs Umweltqualität erhalten und weiter verbessern	S. 20
IV. Die Gleichstellung von Frauen und Männern weiter voranbringen	S. 23
V. Leben in der Stadt	S. 24
Öffentliche Sicherheit	S. 24
Sauberkeit in der Stadt	S. 26
Justiz im Umbruch	S. 26
Kulturstadt erleben	S. 27
Sport ist unentbehrlich	S. 29
Gleiches Recht für Lesben und Schwule	S. 30
Ausländer sind Bürger unserer Stadt	S. 30
Hamburgs Verwaltung: bürgernah und fit für die Zukunft	S. 31
VI. Investitionen für die Zukunft - Chancen für unsere Kinder	S. 33
Für eine kinder- und familienfreundliche Stadt	S. 33
Recht auf Bildung und Ausbildung	S. 34
Hochschulen: Innovative Fundamente für Hamburgs Zukunft	S. 36
Von Hamburg verstehen wir mehr. Gerade in schwierigen Zeiten	S.38
Zukünftige Herausforderungen annehmen.	
Kandidaten - Liste zur Bürgerschaftswahl 1997	S. 40

regierung schützen. Über den Bundesrat kann ein sozialdemokratischer Senat mit den anderen SPD-geführten Ländern versuchen, die gravierendsten Auswirkungen der Bonner Entscheidungen abzumildern. Gesetze, für die der Bundesrat keine Entscheidungskompetenz hat, zum Beispiel zum Wegfall der Vermögensteuer, zur Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder zum Kahlschlag im Gesundheitssystem waren nicht zu verhindern.

Auch in Hamburg verschärfen sich deshalb die gesellschaftlichen Gegensätze: Prosperierenden Wirtschaftsbranchen und zunehmendem privaten Reichtum auf der einen Seite stehen Verarmung und Vertrauensschwund auf der anderen Seite gegenüber. Wir sind in Gefahr, den sozialen Zusammenhalt zu verlieren, der unser Land und unsere Stadt bislang auszeichnete und gleichzeitig ein wesentlicher Standortfaktor ist. In manchen Stadtteilen wird dies bedrückend sichtbar.

Angesichts der geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kann die Umsetzung sozialdemokratischer Politik nicht mehr im Wege der Verteilung von Zuwächsen erfolgen, sondern nur im Rahmen knapper werdender Mittel. Die dramatische Verschlechterung der öffentlichen Haushalte verringert die lokalen Gestaltungsmöglichkeiten, um eine solche Entwicklung umzukehren. Nur die SPD ist der Garant dafür, daß Politik unter diesen geänderten Vorzeichen den sozialen Zusammenhalt, die Grundlage für die Bewältigung der aktuellen und kommenden Herausforderungen unserer Gesellschaft, bewahrt. Sie macht den Staat fit für die aktuellen Herausforderungen.

Eine moderne Gesellschaft braucht einen handlungsfähigen Staat

Die grundlegenden Veränderungen in unserer Gesellschaft sind große Herausforderungen, für die das konservativ-liberale Streben, den Staat auf die Nachwächter-Funktionen vergangener Zeiten abzumagern, die falsche Antwort ist. Privatisierung ist kein Allheilmittel. Öffentliche Verwaltung unterscheidet sich von privater Betriebswirtschaft durch ein komplexes Zielsystem. Es umfaßt Gemeinwohlorientierung, Interessenausgleich und soziale Verantwortung. Gesellschaft und Wirtschaft brauchen bei Bildung und Kultur, öffentlicher Sicherheit, sozialer Sicherung und Umweltschutz einen handlungs- und leistungsfähigen Staat - auch unter Wettbewerbsgesichtspunkten. Er muß sich in seinen Strukturen flexibel an den sich ändernden Rahmenbedingungen ausrichten. Bei der notwendigen Modernisierung der staatlichen Verwaltung sind Veränderungen der Organisationsformen und Arbeitsabläufe an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger auszurichten und mit Hilfe betriebswirtschaftlicher Instrumente effizient zu gestalten. Hamburg ist auf diesem erfolgversprechenden Modernisierungsweg schon kräftige Schritte vorangekommen. Im Vergleich mit anderen Verwaltungen nimmt Hamburg mittlerweile eine Spitzenposition ein.

Mit klarem Kurs durch die Krise: Politik mit Augenmaß für Hamburg

Die SPD steht für eine verlässliche Regierungspolitik in Hamburg, die sich den Herausforderungen der Gegenwart stellt und sich unter den Bedingungen der

Finanzkrise auf das Wesentliche konzentriert. So hat Hamburg in den vergangenen vier Jahren ein Spar- und Konsolidierungsprogramm erfolgreich umgesetzt und strukturelle Haushaltsverbesserungen von über einer Milliarde DM erreicht. Dies war nicht möglich, ohne Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger einzuschränken. Für die Betroffenen war das nicht immer leicht zu verkraften. Es ist schmerzlich, für wünschenswerte Vorhaben eine finanzielle Unterstützung ablehnen zu müssen. Für das Gemeinwohl der Stadt verantwortlich zu sein bedeutet aber auch, unpopuläre Entscheidungen zu treffen und bei knappen Kassen Prioritäten zu setzen.

Die SPD wird das begonnene Konsolidierungskonzept weiter umsetzen, weil nur so für die künftigen Generationen das finanzielle Überleben der Stadt gesichert werden kann. Vor uns liegen keine leichten Jahre. Wir können keine Ausweitung öffentlicher Leistungen - und auch nicht den Erhalt aller bisherigen Leistungen - versprechen, weil wir wissen, daß dies nicht finanzierbar ist. Wir versprechen aber, mit Entschlossenheit und Konsequenz den Prozeß der Umstrukturierung im Hamburger Haushalt voranzutreiben.

Die Handlungsmöglichkeiten der Stadt müssen sich darauf konzentrieren,

die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu fördern;

die Zukunftschancen für unsere Kinder durch Bildung und Ausbildung zu erhalten;

denjenigen Hilfe in sozialen Notlagen zu gewähren, die darauf angewiesen sind;

die Zukunftsfähigkeit als bewohnbare und umweltverträgliche Stadt zu erhalten.

Alle politischen und wirtschaftlichen Kräfte in unserer Stadt sind gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern aufgefordert, der Gefahr der Erosion unseres Gemeinwesens zu begegnen. Die große gemeinschaftliche Anstrengung, die nötig ist, um die gegenwärtige Krise zu meistern, hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn wir das Fundament unserer Leistungsfähigkeit, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, nicht verlieren.

In diesem Sinne gibt es für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten keinen Widerspruch zwischen sozialem Ausgleich und Wettbewerb, zwischen Solidarität und Leistung.



I. Wirtschaftsstandort Hamburg: eine innovative und investitionsfreundliche Metropole

Die Hamburger Wirtschaft hat in den vergangenen 15 Jahren eine Veränderung von maritim- und rohstofforientierten arbeitsintensiven Branchen hin zu technologie- und know-how-orientierten Fertigkeiten, zu modernen Dienstleistungen, zur Logistik- und zur Medienwirtschaft vollzogen. Dabei hat sie bei

den technologieorientierten Bereichen aufgeholt. Heute arbeitet rund die Hälfte der Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes in Branchen der Spitzentechnik oder höherwertiger Technik.

Die politischen Umwälzungen im Osten Europas haben für unsere Stadt zugleich völlig neue, wirtschaftsgeographisch begründete Chancen eröffnet. Wir werden unsere strategischen Vorteile im Wettbewerb mit anderen Standorten nutzen und nach außen offensiv vertreten. Wir brauchen auch in Zukunft Unternehmen, die in Hamburg investieren und neue Arbeitsplätze schaffen. Auf diesem Weg gehen wir mit Erfolg voran: Allein in den vergangenen fünf Jahren investierten deutsche und internationale Unternehmen 80 Milliarden DM in unserer Stadt.

Wir wissen, daß Hamburgs Wirtschaft in hohem Maße eingebunden ist in die weltwirtschaftlichen Veränderungen. Die Globalisierung der Märkte bewirkt eine neue internationale Arbeitsteilung. Die Mobilität von Kapital, Wissen, Waren und Dienstleistungen hat den internationalen Wettbewerb verschärft. Zusätzlich hat die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung die Qualität des Wirtschaftsstandorts Deutschland nachhaltig beeinträchtigt.

Auch Hamburg ist davon betroffen, zunehmende Arbeitslosigkeit ist auch bei uns die Folge. Gleichzeitig gibt jedoch die überdurchschnittliche Entwicklung der Wertschöpfung in Hamburg Anlaß zum Optimismus. Das Wirtschaftswachstum unserer Stadt lag in den letzten Jahren über dem Durchschnitt der alten Länder.

Ein Standortkosten-Vergleich zeigt, daß Hamburg sowohl national wie europaweit konkurrenzfähig ist.

Die Stärke des Standorts nutzen

Der Wirtschaftsstandort Hamburg ist auch für die Zukunft gut gerüstet:

Hamburg ist wieder wirtschaftsgeographisches Zentrum des zusammenwachsenden Europas mit besonderen Bindungen an die Ostseestaaten und die mittel- und südosteuropäischen Länder;

Hamburg fungiert gleichermaßen als Tor zur Welt - für Deutschland und andere europäische Staaten - wie als Eurogate: das Tor zum Europäischen Markt. Hamburgs traditionell enge Verbindungen zum ost- und südostasiatischen und zum südamerikanischen Raum sind wichtige Standortfaktoren unserer Welthandelsstadt. Diese Verbindungen müssen noch intensiver werden, da in diesen Regionen auf absehbare Zeit die dynamischsten Entwicklungen zu erwarten sind;

unsere Stadt und ihr Umland gehören heute zu den wirtschaftlich leistungsstärksten Regionen in Europa mit einer nennenswerten Wachstumsdynamik;

in der Rangfolge des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigem liegt Hamburg mit großem Abstand an der Spitze der deutschen Länder;

Hamburg bietet mehr Arbeitsplätze pro Einwohner als jede vergleichbare deutsche Stadt, Arbeitsplätze, die in großer Zahl auch von den Bewohnerinnen und

Bewohnern des Hamburger Umlands wahrgenommen werden;

das hohe Qualifikationsniveau der Hamburger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führt zur Ansiedlung hochwertiger Produktionen. Ein gut entwickeltes System beruflicher Weiterbildung - vorbildlich für die anderen Bundesländer - unterstützt alle am Wirtschaftsprozess Beteiligten, die Herausforderungen des technologischen Wandels zu meistern;

Hamburg verfügt über eine solide industrielle Basis, in der die exportorientierten, innovativen Investitionsgüterproduzenten das Bild bestimmen. Auch sie haben ein beachtliches Entwicklungspotential;

das innovative Umfeld an Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen hat sich in Hamburg in den vergangenen Jahren erheblich verbreitert. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik wurde merklich ausgebaut;

das Handwerk und andere kleinere und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft und haben sich in der Vergangenheit als besonders stabil gegen Krisen und Konjunkturschwankungen erwiesen. Hamburg betreibt eine aktive Politik für mittelständische Unternehmen.

Diese Standortvorteile, diese Wettbewerbsvorsprünge vor anderen Wirtschaftsregionen müssen gehalten und ausgebaut werden.

Daher arbeiten wir daran,

die Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern wegen der gegenseitigen Abhängigkeit zu verstärken, feste Kooperationsformen zu schaffen und die zusammenwachsende Wirtschaftsregion zu fördern. Dazu gehört neben einer gemeinsamen Verkehrspolitik vor allem die Bereitstellung von Gewerbeflächen, Wohnraum und Entsorgungseinrichtungen;

den Industriestandort Hamburg zu festigen und weiter zu entwickeln. Denn zukunftsorientierte Dienstleistungen allein können die Wirtschaftskraft Hamburgs und die notwendigen Arbeitsplätze nicht schaffen. So werden wir uns für die Erweiterung der Airbus-Produktion in Finkenwerder besonders einsetzen, um die Weiterentwicklung des Standorts und der Arbeitsplätze zu sichern;

die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft weiter zu forcieren. Wir setzen uns daher für eine Innovationsoffensive und einen verstärkten Technologietransfer ein. Beide sollen sich vorrangig an den Bedürfnissen kleinerer und mittlerer Unternehmen orientieren.

Vielversprechende Zukunftsfelder für eine solche Innovationsoffensive sind

Pharmazie, Biotechnologie einschließlich Gentechnik, Medizintechnik,

Umwelttechnologie, Energietechnik, Energieeinsparung,

neue Werkstoffe,

Mikro- und Nanotechnologie,
Information und Kommunikation,
Meerestechnik,
Flugzeugbau,
maritime Spitzentechnologie.

Mit der Gründung der Technologie- und Innovationsstiftung hat der Senat Wissenschaft und Wirtschaft weiter verzahnt. Die Stiftung kommt vorrangig kleineren und mittleren Unternehmen zugute .

Wir treten dafür ein,

kleinere und mittlere Unternehmen in Industrie, Handwerk und Dienstleistungen noch stärker als bisher zu fördern, weil sie überproportional Beschäftigung sichern, ausbilden und neue Arbeitsplätze schaffen. Wir werden daher durch wirtschaftsfördernde Maßnahmen wie Existenzgründerprogramme, Beratung und Bereitstellung von Risikokapital, gezielte Grundstücksvergabe, Schaffung von weiteren Handwerks- und Gewerbehöfen und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren diesen Effekt unterstützen. Wir wollen die Bereitstellung von Risikokapital durch Gründung eines Joint-Venture-Fonds in Höhe von 100 Millionen DM für junge Technologieunternehmen durch die Freie und Hansestadt Hamburg unter Beteiligung von Hamburger Wirtschaftsunternehmen;

die hohe Qualifikation der Arbeitneh-

merinnen und Arbeitnehmer in Hamburg zu erhalten und sie auf neue Anforderungen vorzubereiten. Deswegen werden wir die Leistungsfähigkeit der Schul-, Ausbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen sowie der Hochschuleinrichtungen durch Reformen erhöhen. Eine breite und lebenslange Qualifizierung wird dazu beitragen, den Strukturwandel in der Wirtschaft zu bewältigen;

die 4. Elbtunnelföhre jetzt zügig zu realisieren, nachdem die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind und die Finanzierung gesichert ist. Die SPD unterstützt den Bau einer Überdeckelung der BAB 7 im Bereich Bahrenfeld/Othmarschen auf der Grundlage der Ergebnisse des Moderationsverfahrens. Wir werden uns nachdrücklich für die Finanzierung dieses Großprojektes durch den Bundesminister für Verkehr als zuständigem Baulastträger einsetzen;

eine Hochgeschwindigkeitsverbindung zwischen Hamburg und Berlin zu schaffen. Ob diese eine ICE-Neubaustrecke oder der Transrapid sein wird, liegt außerhalb Hamburgs Zuständigkeit;

durch geeignete Maßnahmen dem Wirtschafts- und öffentlichen Personennahverkehr Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr einzuräumen;

Genehmigungsverfahren weiter zu beschleunigen und Verwaltungsabläufe effizienter zu gestalten. Möglichst wenige Behörden sollen bei einzelnen Verfahren mitwirken;

Gewerbeflächen stärker und arbeitsplatzintensiver zu nutzen, denn Grundstücke in Hamburg sind nicht vermehrbar und stehen der Wirtschaft angesichts der übrigen Nutzungsansprüche nur begrenzt zur Verfügung;

den Hamburger Flughafen als einen der bedeutendsten Wirtschaftsfaktoren für die Metropolfunktion Hamburg leistungsfähig zu erhalten und fortzuentwickeln. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, daß zum Schutze der in der Nachbarschaft des Flughafens lebenden Menschen Schadstoff- und Fluglärmbelastungen auf ein erträgliches Maß gesenkt werden;

die hochwertigen Standortfaktoren wie Kultur, Freizeit und hohe Umweltqualität zu fördern und offensiv zu vermarkten;

die sehr positive Entwicklung Hamburgs im Tourismus weiter zu stärken.

Für einen leistungsstarken Hafen

Der Hamburger Hafen ist als logistisches Dienstleistungszentrum nach wie vor ein bedeutendes Wirtschafts- und Arbeitsplatzpotential der Stadt, das rund 140.000 Menschen aus Hamburg und der Region Arbeitsmöglichkeiten bietet. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation, die aktuelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die Aktivitäten der Wettbewerbshäfen müssen alle Chancen ausgeschöpft und die erforderlichen Schritte unternommen werden, um die Zukunft des Hafens als Wirtschafts- und Arbeitsplatz zu sichern. Dazu gehören vorrangig:

die Fahrrinnenanpassung der Elbe, deren technische Planung inzwischen abgeschlossen ist, unter Berücksichtigung der ökologischen Belange zügig zu realisieren; die erforderliche politische Einigung mit den Nachbarländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein ist 1996 in einer gemeinsamen Kabinettsitzung der drei Länder herbeigeführt worden;

die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens durch die Bereitstellung notwendiger Flächen, Liegeplätze und Infrastruktureinrichtungen zu stabilisieren; dazu gehört die Fortführung eines kostenorientierten Flächenmanagements, die Umstrukturierung von Hafensflächen (Hafenerweiterung nach innen), aber auch die Hafenerweiterung nach außen durch die Inanspruchnahme Altenwerders;

die Hafenerweiterung zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs zu bauen. Ihre Planung wird bereits intensiv vom Senat betrieben;

die logistischen Dienstleistungsfunktionen des Hafens durch konsequenten Ausbau der Verkehrswege sowie der Datenkommunikation weiter zu stärken;

das Amt Strom- und Hafenbau durch die Entwicklung zu einem modernen, fachbezogenen Leistungszentrum als Dienstleister für die Hamburger Hafenerwirtschaft zu stärken.

Medienstadt Hamburg

Leistungskraft und Vielfalt der in Ham-

burg beheimateten Medien haben die Stadt zu einem der bedeutenden Medienstandorte in Deutschland und in Europa gemacht. Die Medienbranche ist mit etwa 50.000 Beschäftigten bei rund 6.000 Firmen viertgrößter Arbeitgeber mit den Bereichen Print, Audiovisuelle Medien (Fernsehen, Film und Musik) sowie Werbung und Kommunikation.

Diese Entwicklung unterstützen und fördern wir durch

die Sicherung und Stärkung der vorhandenen medienwirtschaftlichen Strukturen;

den Erhalt der Vielfalt im Informationsangebot von Presse und dualem Rundfunksystem als Grundlage freier Meinungsbildung;

die Sicherung des freien Zugangs aller Bürger zu allen Medien unter gleichen Bedingungen;

eine einheitliche Filmförderungs politik, die kulturelle und wirtschaftliche Gesichtspunkte integriert;

die Weiterentwicklung und Koordination von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in medienbezogenen Berufen, insbesondere für den Wachstumsbereich Multimedia;

die infrastrukturelle Vorsorge und medientechnische Öffnung für neue Entwicklungen in der Informations- und Kommunikationstechnik.

Um zu gewährleisten, daß die Möglichkei-

ten der neuen Medien - insbesondere des Internet - von allen Hamburger Bürgerinnen und Bürger genutzt werden können, wollen wir entsprechende Hard- und Software in öffentlichen Bildungseinrichtungen zur allgemeinen Verfügung stellen.



II. Gerechte soziale Stadt

Seit 50 Jahren haben Hamburgs Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung Hamburg zu einem sozialen Gemeinwesen ausgebaut. Hamburg als Sozialstaat ist so ein Teil der Identität dieser Stadt geworden. Das Lebensgefühl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner ist zugleich von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt, ihrem Wohlstand wie auch ihrer sozialen Verpflichtung geprägt. Der Gemeinsinn der Bürgerinnen und Bürger bestimmt unsere Lebensqualität.

Arbeitsplätze sichern und schaffen

Die Bundesregierung handelt verantwortungslos. Obwohl es noch nie so viele Arbeitslose in der Bundesrepublik Deutschland gab wie heute, übernimmt sie keine ernsthaften Anstrengungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil: Sie hat zahlreiche Schutzbestimmungen aufgehoben und vergrößert damit unmittelbar die Arbeitslosigkeit. Nötig ist eine Konzentration aller Kräfte, um mehr Beschäftigung zu schaffen. Wir brauchen eine offensive Arbeitsmarktpolitik, die dafür sorgt, daß

andere Arbeitszeitmodelle realisiert werden. Dazu gehören neben einem kräftigen Abbau der Überstunden flexiblere Arbeitszeiten (Arbeitszeitkonten), eine Verkürzung der individuellen Arbeitszeiten und verstärkte Teilzeitarbeit;

die Lohnnebenkosten wirksam gesenkt werden;

die aktive Arbeitsmarktpolitik stetig fortgeführt wird. Ihre Brückenfunktion muß noch wirksamer gemacht werden, damit ehemals Langzeitarbeitslose nach einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahme im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor verbesserte Chancen zur Reintegration in den allgemeinen Arbeitsmarkt erhalten.

Alles das tut die Bundesregierung nicht. Statt der Arbeitslosigkeit bekämpft sie die Arbeitslosen.

In Hamburg allein können wir diese Versäumnisse nicht wettmachen. Ohne eine Wende zur Vernunft in Bonn werden wir auch in Hamburg weiterhin eine zu geringe Beschäftigung hinnehmen müssen. Wir werden jedoch alle Handlungsspielräume ausschöpfen, um die Arbeitslosigkeit in Hamburg zu senken, um Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern und abzubauen und um den Betroffenen mindestens befristet neue Perspektiven zu verschaffen. Besonders wichtig ist uns dabei, unseren Jugendlichen eine Perspektive für Ausbildung und Beschäftigung zu bieten.

Dazu hat Hamburg die Arbeitsmarktpolitik - mehr als andere Städte - mit erheblichen Finanzmitteln ausgestattet und ihr

kräftige Innovationsimpulse gegeben. Die klassischen Instrumente Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Lohnkostenzuschüsse für Ältere sind weiterhin von massiven Kürzungen durch die Bundesregierung bedroht. Wir haben aber die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, daß die verbleibenden Mittel so effizient wie möglich eingesetzt werden. Das Programm "Tariflohn statt Sozialhilfe" haben wir weiter optimiert und ausgeweitet. Neue Akzente haben wir in folgenden Bereichen gesetzt:

Wir wollen bereits vor Entstehen von Arbeitslosigkeit oder gar Langzeitarbeitslosigkeit präventive Maßnahmen ergreifen, die bei Unternehmenskrisen und drohenden Massenentlassungen dem Personal eine Wiedereingliederungschance in das Berufsleben ermöglichen;

im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik stellen wir uns gegen die Bonner Sparpolitik. Wir werden bei einem durch die Bonner Politik gekürzten Volumen an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Hamburger Kofinanzierungsmittel nicht einsparen, sondern mindestens in gleicher Höhe für andere Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen wieder einsetzen;

wir kennen die Schwierigkeit insbesondere für Arbeitslose, Existenzgründungen zu wagen. Deswegen werden wir uns verstärkt um ein neues Instrument zur Förderung von Existenzgründungen Arbeitsloser und zur Förderung von Arbeitslosen in neuen Betrieben bemühen;

in Harburg wurde die direkte Vermittlung arbeitsloser Sozialhilfeempfänger in den allgemeinen Arbeitsmarkt durch Umsetzung des holländischen Modells "Maatwerk" erprobt. Diesen Ansatz der direkten Vermittlung von Sozialhilfeempfängern in sozialversicherungspflichtige Arbeit werden wir auch in den anderen Bezirken verfolgen;

in begrenztem Rahmen werden wir niedrigschwellige Arbeitsangebote für Sozialhilfeempfänger erhalten und damit denjenigen Arbeitslosen eine Eingliederungschance bieten, für die selbst der sogenannte Zweite Arbeitsmarkt zu hohe Anforderungen stellt;

die in Hamburg erfolgreich begonnene Verzahnung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, der Stadtentwicklungspolitik und der sogenannten Armutsbekämpfung werden wir fortsetzen und durch entsprechende Kommunikationsstrukturen stärken;

wir werden ein arbeitsmarktpolitisches Controlling einführen, das ermöglicht, die Mittel gezielt dort einzusetzen, wo sie am wirksamsten sind.

Bei all den genannten Maßnahmen gilt für uns vorrangig das Prinzip, Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Bei bereits eingetretener Arbeitslosigkeit wollen wir insbesondere diejenigen fördern, deren berufliche Qualifizierung mit staatlicher Hilfe verbessert werden muß, um wieder in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert zu werden. Besondere Unterstützung wollen

wir den Frauen bieten, die ins Berufsleben zurückkehren wollen, den ungelerten Jugendlichen sowie den langzeitarbeitslosen Menschen.

Sozialstaat erhalten

Nicht nur Menschen in Not brauchen die Hilfe der Gemeinschaft. Die Leistungen des Sozialstaates sind nicht beschränkt auf arme und hilfsbedürftige Menschen. Für diese allerdings sind sie lebensnotwendig. Durch die Herstellung von Chancengleichheit und die Absicherung großer Lebensrisiken ist die soziale Stadt aber auch für alle anderen Bürgerinnen und Bürger wichtig. Das flächendeckende Angebot an Kinderbetreuungs- und Jugendeinrichtungen, Altenwohnanlagen und Treffpunkten für alte Menschen, die Krankenhäuser, die Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen und die mit hohen staatlichen Zuwendungen getragenen Initiativen und Vereine der freien Wohlfahrtspflege haben ein dichtes Netz geknüpft, das den Menschen in allen schwierigen Situationen und auch im normalen Lebensalltag zur Verfügung steht.

Wir wollen die soziale Infrastruktur der Stadt auch für die Zukunft sichern. Dabei haben die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut trotz schwieriger Haushaltslage weiterhin hohe Priorität.

In dem System der Sozialhilfe sehen wir den Eckpfeiler unseres Sozialstaats für Menschen in Not.

Wir treten ein für eine moderne und effektive Hamburger Sozialhilfepolitik,

das heißt für eine Steuerung der Sozialhilfeleistung zur

Überwindung individueller Notlagen,

Vermittlung der Betroffenen in Arbeit und Wohnraum,

Bekämpfung von Obdachlosigkeit,

verstärkten Integration von Zuwanderern, die ein Bleiberecht in Hamburg haben.

Neben der bezahlten Sozialarbeit ist das ehrenamtliche Engagement vieler unserer Bürgerinnen und Bürger von besonderer Bedeutung. Diese freiwillige Arbeit findet unsere Anerkennung und wird in Zukunft durch eine bessere Vernetzung der Strukturen noch stärker unterstützt.

Gemeinsam mit den älteren Menschen die Zukunft gestalten

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, was die ältere Generation für diese Stadt und die Gesellschaft geleistet hat und sind den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern dafür dankbar. Wir wollen sie an der Verantwortung für unser Gemeinwesen beteiligen und ihnen die Möglichkeit geben, sich mit ihren Erfahrungen und Kenntnissen einzubringen.

Wir werden die Lebenssituation älterer Menschen, die unserer Hilfe bedürfen, verbessern. Ziel ist es dabei, eine ihren tatsächlichen individuellen Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Betreuungsform zu finden, in der sie frei zwischen

ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfe entscheiden können. Wir werden darüber hinaus die Zwischenformen wie betreutes Wohnen stärken und ausbauen.

Zur Vermeidung der Altersarmut gehört für Hamburgs Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Absicherung des Pflegefallrisikos über eine Pflegeversicherung, die diesen Namen auch verdient. Wir werden uns für Qualitätssicherung bei der Verwirklichung einsetzen.

Medizinische Versorgung sichern

Wer in Hamburg krank wird, findet umfassende und alle speziellen Fachrichtungen abdeckende Gesundheitseinrichtungen. Die medizinische Versorgung hat für die Hamburgerinnen und Hamburger besonders in den Krankenhäusern ein sehr hohes Niveau. Für viele Spezialbehandlungen finden Menschen aus ganz Norddeutschland bei uns Hilfe. Trotz der finanziellen Kürzungen durch die Bundesregierung wollen wir die hohe Qualität der medizinischen Versorgung erhalten und weiterentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, daß auch weiterhin jede Bürgerin und jeder Bürger dieser Stadt unabhängig von seinem Einkommen umfassend medizinisch versorgt wird. Wir bekennen uns zur solidarisch finanzierten Krankenversicherung. In der Krankenhausplanung wird vor allem der Ausbau der teilstationären tagesklinischen Versorgung vorangebracht.

Wir werden uns für Integrationsmodelle einsetzen, die zu einer engen Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung führen. Diese weitreichenden struk-

turellen Änderungen an der Nahtstelle zwischen ambulant und stationär müssen auf ihre praktische und rechtliche Machbarkeit in Modellvorhaben überprüft werden (vernetzte Praxen, Tageskliniken, Schwerpunktpraxen, Gerätegemeinschaften, Notfallpraxen an Krankenhäusern, Hospiz).

Die medizinische Vorsorge und Aufklärung über eine gesunde Lebensweise sind uns besonders wichtig. Wir wollen die Fortführung der in Hamburg ausgeprägten und beispielhaften Maßnahmen der Gesundheitsförderung, obwohl die Krankenkassen sich nach den neuen Bundesgesetzen nicht mehr an den Kosten beteiligen dürfen. Der Schwerpunkt der Gesundheitsförderung soll bei der Gesundheit von Kindern liegen.

Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung vermittelt die Botschaft, daß Eigennutz und Ellenbogenmentalität Vorrang vor sozialer Verantwortung und Menschlichkeit haben. Wir werden der unsozialen Gesundheitspolitik der Bundesregierung, die einseitig die Patientinnen und Patienten belastet und die solidarische Krankenversicherung gefährdet, im Bundesrat entgegenwirken. Wir treten ein für einen Konsens aller am Gesundheitssystem beteiligten Gruppen mit dem Ziel, eine maximale medizinische Versorgung zu optimalen gesellschaftlichen Kosten zu verwirklichen.

Vor allem Homosexuelle, aber auch Heterosexuelle sind von der Krankheit AIDS bedroht. In Hamburg leben über 6.000 Menschen mit HIV und AIDS. Wir setzen uns dafür ein, daß diese Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht diskriminiert

und ausgegrenzt werden und ihnen durch die Finanzierung der AIDS-Pflegedienste, die Bereitstellung von Wohnraum und Hospizen, wie zum Beispiel "Hamburg Leuchttower" geholfen wird. Die zielgruppenorientierte Prävention, insbesondere die Aufklärung, muß verstärkt fortgesetzt werden.

Hilfe statt Strafe für Drogenabhängige

Drogenkranke Menschen müssen die Chance erhalten, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Deshalb wollen wir

die Suchtvorbeugung stärken,

das Überleben der einzelnen Abhängigen sichern,

die mit der Abhängigkeit verbundenen sozialen und gesundheitlichen Risiken für die einzelnen minimieren,

die ärztliche Akutbehandlung und die medizinische Rehabilitation sichern,

die soziale Integration der Abhängigen unterstützen,

das Abrutschen in die Kriminalität - und damit auch -

die Verelendung der Süchtigen und die Belastung für die Allgemeinheit zurückdrängen.

In der Drogenpolitik geht es vor allem darum, das bisher Erreichte zu erhalten und auszubauen. Wir wollen die Beeinträchtigungen, die durch die illegalen offenen Szenen für die Allgemeinheit

bestehen, einschränken. Zugleich wollen wir die Allgemeinheit vor der offenen Drogenszene in Schutz nehmen. Den kriminellen Drogenhandel werden wir weiter bekämpfen. Deshalb ist die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Sozialarbeit zu verbessern. Wir werden auch die gesetzgeberischen Reformprojekte der vergangenen Jahre auf Bundesebene fortführen. Wir setzen uns weiterhin für den Modellversuch der überwachten Heroin-Abgabe an Abhängige sowie die Einrichtung von Gesundheitsräumen auf einer rechtlich klaren Basis ein.

Die Methadonsubstitution spielt - ebenso wie die abstinenztherapeutischen Angebote - eine wichtige Rolle im Spektrum der Drogenhilfe. Wir werden uns deshalb auf Landesebene wie im Bund weiter offensiv dafür einsetzen, daß die Aufnahme in das Methadonprogramm für alle, die diese Behandlung wünschen, möglich ist. Für die von legalen Suchtmitteln Abhängigen wollen wir die qualifizierten Hilfeangebote erhalten und in ihren Strukturen weiter verbessern. Eine wichtige Aufgabe wird es sein, die niedergelassenen Ärzte und die Krankenhäuser in die Versorgung Suchtkranker einzubinden. Wir wenden uns gegen die Aushöhlung gesetzlicher Leistungspflichten der medizinischen Rehabilitation Suchtkranker durch die Bundesregierung. Die zahlreichen Selbsthilfegruppen in Hamburg spielen eine tragende Rolle in der Versorgung Suchtkranker und sollen in ihren Möglichkeiten weiter gestärkt werden.

Damit das Hilfesystem noch wirksamer greift, wird der Anfang 1996 begonnene Prozeß der umfassenden Modernisierung

der Drogen- und Suchtkrankenhilfe zügig fortgesetzt. Wir wollen eine Umsteuerung der Finanzierung von der klassischen Zuwendung für Institutionen hin zu vertraglich geregelten Leistungsentgelten für die Betreuung der Patienten.

Betreuung, Förderung und Integration von Behinderten

In Hamburg leben über 166.000 anerkannt schwerbehinderte Menschen. Für die Förderung ihrer gesellschaftlichen und beruflichen Eingliederung haben wir in der Vergangenheit erhebliche Anstrengungen unternommen. Wir werden dafür sorgen, daß Hamburg auch in Zeiten knapper öffentlicher Mittel weiterhin Aushängeschild für die Behindertenpolitik bleibt. Wir werden daher auch künftig

für alle besonders betroffenen Schwerbehinderten einen Platz in einer Werkstatt für Behinderte bereithalten;

die über 600 betrieblichen Schwerbehindertenvertretungen in unserer Stadt beraten und schulen;

neue Technologien nutzen, um damit die Teilhabe der Behinderten an allen Bereichen der Informationsgesellschaft weiter zu verbessern;

innovative Konzepte zur Förderung der Erwerbsmöglichkeiten Behinderter fördern, wie sogenannte Zweckfirmen für psychisch Behinderte und besondere Vermittlungskonzepte für arbeitssuchende Schwerbehinderte.



III. Hamburg für die Zukunft entwickeln und gestalten.

Vorausschauende Stadtentwicklung und soziale Wohnungspolitik

Hamburg muß auch im nächsten Jahrhundert eine lebenswerte und grüne Stadt sein. Um das zu sichern, sind eine flächenschonende und umweltverträgliche Stadtentwicklung und ein sozialräumlicher Ausgleich in der Stadt erforderlich. Die Voraussetzungen dafür schaffen wir jetzt. Um die vielfältigen Nutzungsansprüche an die Stadt - Wohnen, Verkehr, Gewerbeflächen, Grün, städtische Einrichtungen, Sport und Freizeit - zu erfüllen, ist eine vorausschauende Stadtentwicklung erforderlich. Sie hat die knappen Flächen gerecht und unter dem Kriterium des allgemeinen Nutzens zu verteilen und gleichzeitig den Umweltbelangen Rechnung zu tragen. Mit dem neuen Landschaftsprogramm und dem überarbeiteten Flächennutzungsplan, der das alte Planwerk von 1973 ablöst, hat der Senat die Weichen für die Zukunft gestellt.

Seit 1987 ist Hamburg um 130.000 Einwohnerinnen und Einwohner gewachsen. Wir haben darauf reagiert. Trotz der ungünstigen Bonner Rahmenbedingungen sind in einem beispiellosen Kraftakt allein in den Jahren 1991 - 1996 rund 17.000 öffentlich geförderte Wohnungen in Hamburg neu gebaut worden. Damit ist Hamburg bundesweit führend. Insgesamt wurden seit 1991 in Hamburg rund 44.000 neue Wohnungen fertiggestellt und fast

60.000 Baugenehmigungen erteilt. Hamburg hat damit im Wohnungsneubau eine Spitzenstellung in Deutschland erreicht. Hierdurch konnte die Wohnungsknappheit spürbar verringert werden. Ermöglicht wurde diese Erfolgsbilanz durch das umfangreiche öffentlich geförderte Wohnungsneubauprogramm des Senats und vielfältige Maßnahmen zur Erleichterung des Wohnungsbaus insgesamt in dieser Stadt. Auch zukünftig wird ein Schwerpunkt unserer Politik sein, ausreichend Wohnraum für alle Hamburgerinnen und Hamburger zu schaffen.

Das notwendige Geld dafür kommt zu einem wichtigen Teil aus der Fehlförderungsabgabe. Viele Betroffene haben sich über diese Abgabe geärgert und uns das auch sehr deutlich zu verstehen gegeben. Sie sollen aber wissen, daß sie mit diesen Geldern anderen Menschen helfen, bezahlbaren Wohnraum zu finden, wie auch ihnen die Gemeinschaft vor Jahren geholfen hat, menschenwürdig zu wohnen. Härten und übermäßige Belastungen durch die Fehlförderungsabgabe sind inzwischen beseitigt worden.

Hamburg steht für eine soziale Wohnungs- und Mietenpolitik. Der Mieterschutz in Hamburg konnte durch Bundesratsinitiativen des Senats ausgebaut werden.

So ist es gelungen, den Kündigungsschutz bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen von fünf auf zehn Jahre zu verlängern. Luxusmodernisierungen werden mit Hilfe einer Sozialen Erhaltungsverordnung erschwert. Zum Schutz vor ungerechtfertigten Kündigungen, vor Zweckentfremdungen und vor überhöhten

Mieten wurden in den Bezirksämtern entsprechende Stellen zur Wohnraumsicherung eingerichtet. Umfangreiche öffentlich geförderte Instandsetzungs- und Modernisierungsprogramme für Sozialwohnungen haben über Jahre dazu beigetragen, deren Qualität zu verbessern. Wohnungssuchende, die wegen ihrer sozialen Lage keine familiengerechte und ihren wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Wohnung finden können, werden jetzt durch die Neuregelung der Wohnungsvergabe besser unterstützt.

Ein wesentliches Fundament einer sozialen Wohnungspolitik in Hamburg sind die 130.000 Wohnungen der städtischen Wohnungsunternehmen SAGA und GWG, die wir im Interesse der Mieterinnen und Mieter sichern wollen.

In unserer Stadt sollen alle leben können und niemand ausgegrenzt werden. Zu einer sozialdemokratischen Stadtentwicklungspolitik gehört daher auch die weitere Entwicklung der Revitalisierungs- und Stadterneuerungsprogramme, auch mit dem Ziel, die wachsende Verarmung einzelner Bevölkerungsschichten und Stadtteile zu bekämpfen.

Wir wollen vor allem in den benachteiligten Stadtteilen die städtebauliche Entwicklungsplanung mit den Arbeitsstättenplanungen verbinden und Förderprogramme partiell in die Großwohnsiedlungen wie zum Beispiel Jenfeld, Großlohe und Heimfeld verlagern.

CDU und GAL reden zwar von Wohnungsneubau und Wirtschaftsförderung. In den Bezirken lehnen beide aber regelmäßig

die dafür notwendigen Flächenausweisungen ab. Dagegen haben wir uns erfolgreich zur Wehr gesetzt. Neben Wohnungen und Eigenheimen wurden Gewerbebauten, Handwerkshöfe und überall in der Stadt Büroflächen für den explodierenden Dienstleistungsbereich geschaffen.

Schwerpunkte der Stadtentwicklung in den nächsten vier Jahren sind:

die städtebauliche Einzelplanung für die Stadtteile Neugraben-Fischbek 15 mit 3.000 Wohneinheiten und Oberbillwerder mit 3.000 Wohneinheiten und 25-30 ha Arbeitsstättengebiet sowie die Schaffung von 30-35 ha Arbeitsstättenangebot am Mittleren Landweg;

die strukturelle Verbesserung benachteiligter Stadtteile;

neue Impulse zur Entwicklung von Stadtteilen mit hohen Gewerbeflächenanteilen. So sollen für die Stadtteile Bahrenfeld, Hammerbrook, Hamm-Süd und den Harburger Binnenhafen, die einen hohen Brachflächenanteil haben, neue Nutzungskonzeptionen erarbeitet und in die städtebaulichen Programm- und Bauleitplanungen eingearbeitet werden.

Unser spezielles Augenmerk gilt dem Ausbau von Stadtteilen, die eine besondere Bedeutung für die Metropolfunktion Hamburgs und für die gesamte norddeutsche Region haben. Das sind

der Gesamtbereich Hauptbahnhof, St. Georg-West, Klostertor und Wallring, der Umbau des Hauptbahnhofes und

seines Umfeldes sowie die Verbindung zur City-Süd, zur Innenstadt und nach St. Georg;

der Volkspark Altona-Bahrenfeld. Dort wird das heutige Volksparkstadion zu einem multifunktionalen Sport-, Veranstaltungs- und Freizeitzentrum für die Stadt und die Region ausgebaut. Mit dem Bau der Mehrzweckhalle durch private Investoren geht ein jahrelanger Traum vieler Hamburgerinnen und Hamburger in Erfüllung. Mit dem Supersport- und Freizeitzentrum wird die Verbesserung der städtebaulichen ÖPNV-Verbindungen zu den Stadtteilen Eimsbüttel, Stellingen und Eidelstedt geplant. Gleichzeitig werden wir für die Menschen in unserer Stadt die Erholungsfunktion des Volksparkes weiter stärken.

5,6 % der Landesfläche Hamburgs sind als Naturschutzgebiet ausgewiesen. 9,2 % öffentliche Grünfläche, 29 % landwirtschaftliche Flächen - Hamburg ist eine grüne Stadt. Diese Stärken Hamburgs wollen wir pflegen, um mit dem Grün auch die Lebensqualität in der Stadt zu erhalten:

Pflege der Hamburger Parks und Schaffung von Grünverbindungen zwischen Parks und Grünanlagen;

Wiedergewinnung von Lebensräumen und Aufwertung von Stadtteilen im Rahmen des Konzepts "Kinder in der Stadt - Spielraum Stadt";

Förderung von ökologischem Landbau und umweltverträglichen Produktions-

verfahren in Gartenbau und Landwirtschaft in Hamburgs Landgebieten. Sicherung der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Bewirtschaftung der Flächen in Hamburgs Kulturlandschaft bei Erhalt der natürlichen Umwelt. Versorgung der Bevölkerung mit frischen und gesunden Lebensmitteln aus regionaler Erzeugung auf kürzestem Wege;

Schaffung eines Sondervermögens "Naturschutz, Landschaftspflege und ökologische Landwirtschaftsentwicklung", das u. a. aus einer Ausgleichsabgabe für Eingriffe in Natur und Landschaft zu speisen ist und unter der Beteiligung der Bezirksverwaltungen zur Realisierung von Ausgleichsmaßnahmen dient;

zweiseitige Öffnung der Alten Süderelbe als Ausgleichsmaßnahme für die Hafenerweiterung in Altenwerder.

Umweltverträgliche Verkehrspolitik

Hamburg ist der Verkehrsknotenpunkt in Nordeuropa mit vielfältigen Verkehrsdienstleistungen. Hamburg ist eine dynamische Wirtschaftsmetropole und Mittelpunkt einer Region von über vier Millionen Menschen, die arbeiten, einkaufen, sich gegenseitig besuchen, lernen, Veranstaltungen, Bildungs- und kulturelle Einrichtungen besuchen. Hamburg hat deshalb ein leistungsfähiges, umweltfreundliches Verkehrssystem sowohl für den Waren- und Leistungsaustausch als auch für die Lebensqualität in der Stadt.

Verkehrsflächen sind aus ökologischen und finanziellen Gründen nur noch in

dringenden Einzelfällen vermehrbare. Deshalb ist entscheidend, den vorhandenen Verkehrsraum effizient zu nutzen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, setzen wir auf eine Optimierung der Verkehrswege und Verkehrsträger. Dabei lassen wir uns von folgenden Grundsätzen leiten:

Der Wirtschaftsverkehr und der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) haben grundsätzlich Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr. Zur Bündelung des Güterverkehrs in die Stadt hinein brauchen wir bis zu drei Güterverkehrszentren. Private Initiativen für regionale Güterverteilzentren werden wir unterstützen;

niemand kann erwarten, zu jeder Zeit reibungslos mit seinem Auto an jeden beliebigen Platz der Stadt zu kommen;

wir wollen nicht nur eine Zunahme des motorisierten Individualverkehrs vermeiden, sondern möglichst auch eine Verringerung dieses Verkehrs erreichen und setzen daher auf seine Verlagerung auf den Umweltverbund: auf den ÖPNV, auf die Nutzung des Fahrrads, auf den Fußgängerverkehr;

Fuß- und Fahrradwege sowie den ÖPNV werden wir weiter ausbauen und sie untereinander vernetzen;

die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr liegt uns besonders am Herzen. Das betrifft die Schulwegsicherung und die Vernetzung von "Wegen für Kinder", die ihnen die Möglichkeit geben, sich auch fern der Verkehrsstraßen im Stadtteil zu bewegen;

die Belange von älteren und behinderten Menschen sind besonders zu berücksichtigen.

Dem hohen Stellenwert des ÖPNV trägt auch der Verkehrsentwicklungsplan Rechnung. Die Unternehmen des Hamburger Verkehrsverbundes werden ihre Anstrengungen fortsetzen, durch Kostensenkungen dem notwendigen Wettbewerb besser gewachsen zu sein. Gleichzeitig sollen sie ihr Dienstleistungsangebot verbessern. Dazu gehört der zweigleisige Ausbau der AKN zwischen Eidelstedt und Schnelsen als eine wesentliche Attraktivitätssteigerung dieses öffentlichen Verkehrsmittels im Westen Hamburgs. Wir werden für eine schienengebundene Anbindung der geplanten Mehrzweckhalle sorgen.

Für den ÖPNV wollen wir zusätzliche Fahrgäste gewinnen, unter anderem durch eine bedarfsorientierte, grundlegende Überplanung des Busnetzes, Maßnahmen der Busbeschleunigung (zum Beispiel durch weiteres einfaches Abmarkieren von Busspuren) und Anschlußsicherungen, die ein bequemes und verlässliches Umsteigen auf U- und S-Bahnen gewährleisten. Bei entsprechendem Bedarf muß die Kapazität durch häufigere und längere Züge erhöht werden. Dabei bleibt die Anbindung der äußeren Stadtteile wie bisher gewährleistet. Das Leistungsangebot des HVV muß durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und verbesserte Fahrgastinformationen potentiellen Fahrgästen vermittelt werden.

Zu einem attraktiven Personenverkehr gehört auch, daß Fahrzeuge und Einrichtungen sicher und sauber sind. Die begon-

nenen Anstrengungen der Verkehrsunternehmen müssen daher verstärkt werden. Ebenso wollen wir - nach erfolgreichem Versuch - die Sicherheit des ÖPNV durch mehr Begleitpersonal (ehemalige Langzeitarbeitslose) dauerhaft verbessern. Ein frauengerechtes Verkehrsangebot in den Abend- und Nachtstunden muß ausgebaut werden.

Aufgrund eines Senatsbeschlusses aus dem Januar 1997 ist mit den Planungsarbeiten für ein Stadtbahn-Netz begonnen worden. Die SPD sieht in der Stadtbahn eine sinnvolle Ergänzung des ÖPNV-Angebots und wird sich deswegen für eine zügige Fortführung der Vorbereitungen einsetzen.

Der Flughafen braucht eine leistungsfähige Schienenanbindung. Das Planfeststellungsverfahren für die S-Bahn zum Flughafen wird weitergeführt. Die Realisierung dieser S-Bahn und des Stadtbahnnetzes hängt unverändert von der Entwicklung des Hamburger Haushalts ab.

Das Radverkehrsnetz werden wir durch auf der Fahrbahn markierte Radfahrstreifen ausweiten. Mit Fahrradservicestationen z. B. in Altona und Bergedorf wollen wir ein attraktiveres Angebot erreichen. Dort können Fahrräder sicher und bewacht abgestellt, repariert und ausgeliehen werden. Künftig sollen Radfahrerinnen und Radfahrer Einbahnstraßen in beiden Richtungen befahren dürfen, sofern die Verkehrssicherheit dies erlaubt.

Wir wollen mehr für Fußgängerinnen und Fußgänger tun. Sie sollen an Ampeln längere Grünphasen und kürzere Wartezeiten erhalten. Knopfdruckampeln wollen wir mit Sofort-Grün ausrüsten.

In Wohngebieten - insbesondere vor Schulen und Kindergärten - werden wir weitere Tempo-30-Zonen einrichten, die durch Beschilderung und bauliche Veränderungen die Unfallgefahr senken sollen.

Wir unterstützen Planungen für Wohngebiete, die autoarmes Wohnen ermöglichen, sowie Carsharing.

Ein intelligent organisierter, ressourcensparender Verkehr mindert die Lärmmissionen und leistet gleichzeitig einen hervorragenden Beitrag zum Energiesparen und zum Klimaschutz.

Hamburgs Umweltqualität erhalten und weiter verbessern

In Hamburg leben über 1,7 Mio. Menschen, über 800.000 Menschen haben hier ihren Arbeitsplatz. Zur gleichen Zeit ist Hamburg eine gesunde Stadt mit viel Grün, Wasser, weitläufigen Erholungs- und Rückzugsmöglichkeiten. Denn seit 20 Jahren ist Umweltschutz ein Schwerpunkt unserer Politik. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Dies soll auch künftig so bleiben.

In mehreren öffentlichen Foren mit großer Beteiligung hat der Senat nach der Unterzeichnung der Aalborg-Charta die Initiative zur Diskussion um die kommunale AGENDA 21 - die Vorbereitung auf die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts - ergriffen. Und inzwischen wurden viele Initiativen und Projekte auf den Feldern des Ressourcenschutzes, des Nord-Süd-Ausgleichs und der Verbindung ökonomischer, ökologischer und sozialer

Ziele angestoßen. Auf dem weiteren Weg werden wir uns insbesondere um die Kooperation von Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden, Umweltinitiativen und Verwaltung bemühen. Die Hamburger SPD wird ihren Beitrag zu einem zukunftsfähigen Hamburg leisten, damit unsere Stadt auch im 21. Jahrhundert ein Umweltstandort erster Wahl bleibt.

Um den Ressourcenverbrauch zu vermindern, brauchen wir Innovationen und neue Technologien, Verfahren und Produkte. Durch ein Aktionsprogramm "Umweltverträgliches Wirtschaften" unterstützen wir Unternehmen

bei der Umstellung auf ressourcensparende Produktionsverfahren,

bei der Entwicklung und Markteinführung von Umwelttechnologien und ressourcensparenden, langlebigen und recyclebaren Produkten, und

bei der Einführung des Umwelt- und Qualitätsmanagements.

Hamburgs Luft gehört zu der saubersten im Vergleich mit deutschen und europäischen Metropolen. Durch die Sanierung der Abluft der Industrieanlagen, Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen sind die Emissionen in diesem Bereich gegenüber dem Beginn der 80er Jahre um bis zu 95 % gesenkt worden. Dies hat zum Beispiel dazu geführt, daß die Winter-Smog-Verordnung aufgehoben werden konnte. Die Umsetzung der verkehrspolitischen Ziele wird zu einer weiteren entscheidenden Reduzierung der Luftschadstoffemissionen beitragen, darüber hinaus Kohlendio-

xidmissionen und Lärmbelastungen vermindern.

Die Sanierung der industriellen Direktleitungen und der Klärwerke hat sich in einer deutlichen Verbesserung des Elbwassers niedergeschlagen. Der Bau von Sielen und Rückhaltebecken hat die Alster sauberer gemacht. Wir werden unsere Anstrengungen zur Sanierung von Alster und Elbe fortsetzen; Fische aus der Elbe müssen wieder verzehrt werden können. Diese Ziele erfordern weiteres Handeln:

Fortsetzung der Investitionsprogramme der Hamburger Stadtentwässerung zur Entlastung von Alster und Elbe;

Fortsetzung der Sanierungsförderung von Industrieanlagen und kommunalen Klärwerken in der Tschechischen Republik. Dies nützt Hamburg durch die Verringerung der Belastung des Elbwassers und der Elbsedimente und dient dem Schutz der Nordsee;

Sicherstellung einer umweltverträglichen und wettbewerbsneutralen Schiffsentsorgung durch ein einheitliches Finanzierungssystem in allen nordwesteuropäischen Seehäfen. Hierzu muß die EU für eine entsprechende rechtliche Regelung gewonnen werden.

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Trinkwasser ist stetig gesunken und heute der niedrigste aller deutschen Großstädte. Auch beim Schutz des Grundwassers ist Hamburg vorbildlich. Dem Grundwasserschutz dient die Altlastensanierung und die Ausweisung von Wasserschutzgebieten. Drei Wasserschutzgebiete sind in den

vergangenen Jahren hinzugekommen. Langenhorn und Billbrook-Billstedt sollen in den kommenden Jahren ebenfalls ausgewiesen werden.

Hamburg hat in den vergangenen 15 Jahren durch Sanierung und Untersuchung die Zahl der Altlast-Flächen von 2.000 auf 1.400 verringert. Wir sehen die Chance, durch einen "Altlasten-Plan 2010" diese große Umweltschutzaufgabe bis zum Jahr 2010 abzuschließen. Die Sanierung belasteter Grundstücke für erneute gewerbliche oder andere Nutzung dient gleichzeitig der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt und dem Schutz wertvoller Freiflächen.

Am Ausstieg aus der Kernenergie halten wir fest. Solange es keine bundesgesetzliche Regelung gibt, die wir fordern, wird sich die Energiepolitik Hamburgs darauf konzentrieren, eine technische Basis für eine zukünftige Energieversorgung zu schaffen. Diese ist die Voraussetzung, auf die Kernenergie zu verzichten und gleichzeitig die Kohlendioxidemissionen deutlich zu senken. Der Energieverbrauch wird durch Förderung der rationellen Energieverwendung weiter reduziert werden. Hierfür sollen auch künftig im Rahmen der Förder- und Investitionsprogramme des Senats und des Kooperationsvertrages mit den HEW erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehört auch eine Einspeisungsvergütung für solar erzeugten Strom von bis zu 2,20 DM/kWh. Folgende Projekte stehen im Vordergrund:

Nutzung der Wasserkraft Norwegens, um auf eines der vorhandenen Kernkraftwerke ab 2003 verzichten zu können;

Vorbereitung der Nutzung der Wasserkraft Islands für Hamburg nach 2010;

Unterstützung der Weiterentwicklung innovativer Energietechniken (neue Generation von Solarzellen, Wasserstofftechnologie, Brennstoffzellentechnik);

bis 2001 wollen wir die solare Wärmeversorgung auf 2.000 Anlagen, die solare Stromerzeugung (Photovoltaik) auf 2.000 Anlagen mit zusammen 4.000 kW und die Windenergie auf 30 MW ausbauen;

Ausbau der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung in Blockheizkraftwerken durch eine faire Einspeisevergütung, Investitionshilfen und Festsetzungen in den Bebauungsplänen, auf 100 MW elektrische Leistung;

Förderung des Energie- und Wassersparens in Industrie und Gewerbe, Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden sowie Privathaushalten;

Weiterentwicklung innovativer Energietechniken (neue Generation von Solarzellen, Wasserstofftechnologie, Brennstoffzellentechnik).

Damit zeigen wir, daß Umweltschutz, insbesondere im Handwerk, Arbeitsplätze schafft und sichert und innovativ die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien fördert.

Mit einer Initiative "Arbeit und Klimaschutz" setzen wir einen besonderen Schwerpunkt in der langfristig angeleg-

ten Sanierung von 160.000 älteren Hamburger Wohngebäuden durch Wärmedämmung. Damit kann im Ergebnis die Emission von weit mehr als 500.000 Tonnen Kohlendioxid jährlich vermieden werden. Die Mobilisierung der privaten Investitionen erfordert eine große gemeinsame Kraftanstrengung von Wohnungseigentümern, Handwerk, Industrie, Finanzinstituten und öffentlicher Verwaltung. Das Programm sichert Arbeitsplätze im Baugewerbe und trägt zur Senkung der Betriebskosten der Gebäude und damit auch der Mietnebenkosten bei.



IV. Die Gleichstellung von Frauen und Männern weiter voranbringen

In Hamburg haben Mädchen und Frauen beispielhaft gute Chancen in Bildung, Ausbildung und im Beruf. Hamburg ist für Frauen eine innovative und offene Stadt, die ihnen viele Möglichkeiten bietet, ihren Gleichstellungsanspruch durchzusetzen.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine ständige politische Herausforderung, die alle Bereiche unserer Gesellschaft betrifft und der sich die SPD stellt. Gleichstellungspolitik ist Gesellschaftspolitik. Von Gleichstellungspolitik profitieren Frauen und Männer unabhängig von ihrer Lebensform, ihrem Alter, ihrer Herkunft und ihrer sexuellen Orientierung. Seit 1996 haben wir in der Ham-

burger Verfassung die Verpflichtung des Staates, auf die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern hinzuwirken, verankert.

Die SPD wird auch weiterhin die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer in das Zentrum ihrer Gleichstellungspolitik stellen. Frauen und auch Männer dürfen nicht gezwungen sein, sich nur für den Beruf oder nur für die Familie entscheiden zu müssen. Die Umgestaltung der Arbeitswelt durch Arbeitszeiten, die den familiären Lebensumständen angepaßt werden, Arbeitszeitkonten, reduzierte Arbeitszeiten, geteilte Arbeitsplätze, Frauenförderpläne oder Veränderungen in der Führungskultur, etwa durch Teilbarkeit von Führungspositionen, tragen zu mehr Gleichstellung bei. Hierzu sind im Hamburger öffentlichen Dienst Ansätze gemacht worden, die ausgebaut werden müssen. Auch die Wirtschaft ist zu animieren, sich auf diese Weise die Qualifikation von Frauen zu sichern. Frauen dürfen nicht in vermeintlich familienfreundliche, jedoch sozial ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt werden.

Nur wenn die Arbeitswelt sich ändert, kann es auch eine partnerschaftliche Verteilung der Familienarbeit zwischen Frauen und Männern geben.

Um Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern, sind in der vergangenen Legislaturperiode große Anstrengungen unternommen worden. Insgesamt stehen rund 69.500 Plätze zur Kinderbetreuung zur Verfügung, von denen über 65 % Ganztagsplätze sind. Sie

sind vor allem für alleinerziehende Frauen unverzichtbar. Bis 1999 soll die verlässliche Halbtagsgrundschule in allen Stadtteilen eingerichtet sein. Sie erleichtert die Berufstätigkeit für Mütter und Väter.

Aktive Gleichstellungspolitik ist gefragt, wenn es darum geht, in der bislang fast ausschließlich von Männern bestimmten Verkehrsplanung, Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik die Sichtweisen und Erfahrungen von Frauen einzubeziehen. Auch dazu gibt es in Hamburg Ansätze, die es auszubauen gilt.

Gewalt gegen Mädchen und Frauen durch Männer ist ein schwer zu bekämpfendes Problem. Die SPD ist für Präventionskonzepte, die Gewalt verhindern helfen. Die Opfer von Gewalt müssen auch weiterhin Zuflucht in Frauenhäusern finden können, Beratung sowie Therapieangebote müssen gesichert bleiben.

Die vergangene Legislaturperiode hat erneut gezeigt, daß die Gleichstellung sehr viel wirksamer durchgesetzt werden kann, wenn eine Frauensensorin mit eigenen Haushaltsmitteln und Entscheidungs- sowie Mitwirkungsbefugnissen die Interessen der Frauen im Senat vertritt.



V. Leben in der Stadt.

Wir Hamburgerinnen und Hamburger lieben unsere Stadt - egal, wo wir leben, welcher gesellschaftlichen Schicht wir

angehören, welche Partei wir wählen. Zu unserer Stadtgesellschaft gehört die öffentliche Sicherheit ebenso wie die Liberalität einer lebendigen Kultur und die Toleranz gegenüber unseren Mitmenschen.

Öffentliche Sicherheit

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger. In Hamburg liegen alle Formen der Kriminalität auf dem für Großstädte leider üblichen Niveau. Die Anonymität der Großstädte trägt noch dazu bei, daß zusätzlich das subjektive Sicherheitsempfinden und die objektive Sicherheitslage auseinanderklaffen. Wir nehmen das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger ernst. Die SPD weiß, daß Politik für öffentliche Sicherheit nur erfolgreich sein kann, wenn Kriminalität und die Ursachen von Kriminalität parallel bekämpft werden.

Vorbeugende Verbrechensbekämpfung ist ein wichtiges Element der Sicherheitspolitik. Dazu gehört aber auch das konkrete polizeiliche Handeln und eine effektive Strafverfolgung. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten sichtbares, wirksames und schnelles Handeln der Sicherheitsorgane, das ihnen Angst und Sorgen spürbar nimmt. Deswegen werden wir das Programm "Sicherheitspartnerschaft" der Polizeireviere, das Bürgerinnen, Bürger und Polizei auf örtlicher Ebene noch näher zusammenführen soll, vorantreiben. Zu einer Sicherheitspartnerschaft braucht die Polizei auch die Hilfe und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Öffentliche Sicherheit ist eng verbunden mit den sozialdemokratischen Grundwer-

ten der Freiheit von Not und der Freiheit von Gewalt. Beide bedingen einander. Öffentliche Sicherheit muß mit einer vernünftigen sozialen Vorbeugung beginnen, also mit einer Gesellschaftspolitik, die

den Weg in die Ellenbogengesellschaft stoppt;

Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, neue Armut und Perspektivlosigkeit gerade auch bei jungen Menschen bekämpft;

in Erziehung und Bildung wieder verstärkt soziales Lernen ermöglicht, die Fähigkeit zur friedlichen Konfliktlösung vermittelt und der wachsenden Gewaltbereitschaft entgegenwirkt;

die Menschen vor Gruppierungen schützt, die ihre kriminellen und totalitären Machenschaften unter dem Deckmantel einer angeblichen Religions- oder Heilslehre verstecken.

Wir brauchen eine Gesellschaftspolitik, die Teilnahme und solidarische Verantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld fördert und fordert. Nur so können wir dem drohenden Verlust gemeinschaftsorientierter Werte wie Hilfsbereitschaft, Selbstlosigkeit, Toleranz und Verantwortlichkeit für andere entgegenwirken.

Wenn es nicht gelingt, Not zu beseitigen, kann auch Gewalt nicht völlig verhindert werden. Der Staat muß aber seine Autorität einsetzen, um seine Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt jeder Art zu schützen. Dies gilt für eine Großstadt wie Hamburg in besonderer Weise.

Wir wollen

die Polizeiarbeit noch stärker auf Bürgernähe ausrichten. Die Zahl der bürgernahen Beamten in den Revieren ist beträchtlich erhöht worden. Die Zusammenarbeit von Schutz- und Kriminalpolizei soll besonders auf Revierebene zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger im jeweiligen Einzugsbereich weiter verbessert werden. Den Revieren wird durch größere Eigenverantwortung die Möglichkeit zu mehr Eigeninitiative gegeben. Das wird auch die ortsnahe Strafverfolgung verbessern und dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zugute kommen;

die Polizeistruktur verbessern, um die Qualität der polizeilichen Arbeit in den nächsten Jahren zu heben. Die ersten Schritte dazu sind bereits eingeleitet. Dies ist eine Antwort auf die Erfahrungen der vergangenen Jahre mit besonderen Problemen unserer Stadt, wie zum Beispiel dem Drogenproblem, dem sich die Polizei zu stellen hat;

eine effektivere Strafverfolgung in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft, zum Beispiel bei der Schwermriminalität, Organisierten Kriminalität und Massenkriminalität erreichen;

ausländische Straftäter entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften abschieben; die Rahmenbedingungen der Polizeiarbeit durch Modernisierung der Kommunikationstechnologie, Budgetierung sowie Um- und Ausbau der Wachen verbessern;

die Arbeit der Polizei auf Kernaufgaben

konzentrieren. Daher ist die Polizei zum Beispiel von privatisierbaren Sicherheitsaufgaben und in bestimmten Bereichen von Aufgaben der Verkehrsüberwachung zu entlasten. Solche Aufgaben können auch auf andere Verwaltungsdienststellen verlagert werden.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß Polizei hat seine Arbeit abgeschlossen. Seine Ergebnisse haben bereits vielfach Eingang in unsere Politik gefunden; dieser Prozeß wird fortgesetzt. Die Einführung verbesserter Kontrollinstrumente wie z. B. die Schaffung einer Kontrollkommission werden wir prüfen.

Sauberkeit in der Stadt

Gerade weil die Hamburgerinnen und Hamburger ihre Stadt lieben, ärgern und beschweren sich viele zu Recht über eine wachsende Verschmutzung, Vermüllung und Zerstörung durch Vandalismus und Graffiti. Dieses sind auch Folgen eines schwindenden Verantwortungsbewußtseins einzelner Bürgerinnen und Bürger für ihre Nachbarschaft und für die Gemeinschaft. Dieses Verantwortungsbewußtsein wieder zu wecken, wird eine der großen Aufgaben für die städtische Gesellschaft der nächsten Jahre sein. Denn Gemeinschaftssinn und ehrenamtliches Engagement, viele Hände und kleine Handgriffe bewegen mehr und schneller, was Ordnungsämter teuer organisieren müssen.

Zunächst aber muß die öffentliche Hand zusätzliche Aufgaben im allgemeinen Interesse übernehmen. Mit einem speziel-

len Fonds sollen an bestimmten öffentlichen Schwerpunkten zusätzliche Reinigungsarbeiten durchgeführt werden.

Denn für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es ein wichtiges Anliegen, unsere Stadt lebens- und liebenswert zu erhalten .

Justiz im Umbruch

Ein funktionsfähiges und leistungsstarkes Gerichtswesen ist ein wichtiger Faktor für den Dienstleistungs- und Handelsstandort Hamburg. Notwendig ist eine Justizreform, um effektiver, schneller und kostensparender arbeiten zu können. Dies erfordert die Bereitschaft der in der Justiz Tätigen, Arbeitsweisen und -methoden zu verändern und ein neues Selbstverständnis von Bürger- und "Kunden"-Freundlichkeit zu entwickeln und umzusetzen.

Die Eigenverantwortung der Gerichte muß gestärkt werden und dabei Hand in Hand gehen mit einem verbesserten Gerichtsmanagement, moderner Ablauf- und Arbeitsorganisation unter Einsatz von EDV-Technik und einer Neustrukturierung der Zusammenarbeit von nichtrichterlichem und richterlichem Dienst. Die Überlastung von Teilen der Justiz muß vorrangig Anlaß sein für rationelleres Arbeiten, eine bessere "Lastenverteilung" innerhalb und zwischen den einzelnen Gerichtszweigen und Arbeitsfeldern. Eigeninitiative und Reformgeist sind unabdingbare Voraussetzungen für Veränderungen in der Justiz. Aufgabe der Politik ist es, dabei konzeptionelle Neuorientierung zu bieten und den Reformprozeß energisch voranzutreiben.

Bei der Strafverfolgung müssen die Schwerpunkte auf die Verfolgung schwerer, insbesondere der organisierten Kriminalität gelegt werden. Die Staatsanwaltschaft muß in ihrer eigenständigen Funktion als "Herr des Ermittlungsverfahrens" - auch im Interesse einer klaren Rollentrennung zur Polizei - gestärkt werden.

Hamburgs Strafvollzug hat in vielen Bereichen seit Jahren Vorbildfunktion für die ganze Bundesrepublik. Die Gratwanderung zwischen Sicherheit und Resozialisierung, zwischen Strafe und Wiedereingliederung in ein straffreies Leben kann nie spannungsfrei bleiben. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen aber: Es gibt keine Alternative zu einem Strafvollzug, der auf Entlassung vorbereitet, der den Umgang mit dem Leben in der Freiheit erprobt, der die Chance zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt, zum Ausstieg aus der Drogenabhängigkeit und zur Unabhängigkeit von Sozialhilfe nach der Entlassung bietet. Die Stärkung der Eigenverantwortung der Justizvollzugsanstalten führt nicht nur zu einer kostengünstigeren und effektiveren Organisation und Arbeit der Anstalten, sie ermöglicht auch einen auf die unterschiedlichen Gruppen der Gefangenen abgestellten und - trotz der Vielzahl der Insassen - auf den Einzelfall abgestimmten Vollzugsalltag.

Trotz knapper werdender Kassen diesem Anspruch gerecht zu werden, Mängel in den bestehenden Anstalten zu beseitigen und einen modernen Frauenvollzug in der neuen Haftanstalt in Hahnöfersand aufzubauen, sind die zentralen Herausforderungen der nächsten Legislaturperiode. Wer die Gefängnisse zu reinen Verwahrn-

stalten mit unvorbereiteter Entlassung verkommen läßt, der leistet dem Rückfall in die Kriminalität fahrlässig Vorschub und gefährdet die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Den Opfern von Straftaten müssen wir mehr Beachtung und Zuwendung schenken. Für die Opfer bedeutet die Straftat einen oft schwerwiegenden Eingriff in ihre körperliche und seelische Integrität, die eine tiefgreifende und langandauernde Verunsicherung bewirken kann. Wir werden daher den Schutz der Opfer im Strafprozeß, ihre psychosoziale Betreuung sowie ihre Unterstützung bei der Entschädigung und Wiedergutmachung stärken.

Kulturstadt erleben

Wer gut mit anderen zusammenleben will, bedarf gemeinsamer Werte und Orientierungen. Wer Zukunft gestalten will, braucht das Gedächtnis der Tradition ebenso wie die Fähigkeit, Gegenwart bewußt und kritisch wahrnehmen zu können. In Museen und Theatern, in den Orten kultureller Veranstaltungen und Begegnungen vermitteln sich die Werte des Zusammenlebens, der historischen Orientierungen und der Zukunftsvisionen. Im kulturellen Schaffen und Erleben gewinnt die Gesellschaft Kreativität, Phantasie und Zukunftsfähigkeit. Die Lebensqualität in Hamburg hängt eng mit der Vielfalt der kulturellen Leistungen und Angebote zusammen.

Wir wissen, daß Kulturpolitik ein ganz wichtiger Teil einer Gesellschaftspolitik ist, die sich für Humanität, Liberalität und

Solidarität einsetzt. Das sind schließlich unsere sozialdemokratischen Ziele und Grundwerte. Daher ist Kulturpolitik in all ihren Facetten eine feste, unverzichtbare Größe unserer Stadtpolitik.

Kultur ist kein elitäres Minderheitenprogramm. Mit rund 15 Millionen Besucherinnen und Besuchern pro Jahr stehen Hamburgs Kulturstätten im Zentrum unserer Gesellschaft. Dem trägt unsere Kulturpolitik Rechnung. Das beweisen unter anderem zwei spektakuläre Ereignisse zu Beginn dieses Jahres: die Eröffnung des Museums der Arbeit und der Galerie der Gegenwart, des Erweiterungsbaus unserer Kunsthalle. Hier hat Hamburg auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sein großes kulturelles Engagement dokumentiert.

Wir werden wie bisher Vielfalt und Qualität der Kulturszene in Hamburg sichern. Für Hamburg kommen wichtige stadtwirtschaftliche Gründe hinzu. Kultur ist ein bedeutender Standortfaktor für eine Dienstleistungsmetropole. Kultur- und Medienwirtschaft stellen selbst einen wachsenden Wirtschaftszweig dar und tragen nicht nur zur Attraktivität Hamburgs entscheidend bei, sie refinanzieren sich auch in beträchtlichem Maße selbst.

Uns ist bewußt, daß im sensiblen Feld der Kulturpolitik Mindeststandards nicht unterschritten werden können, soll nicht das gesamte System gefährdet werden. Deshalb wird die SPD dafür eintreten, den prozentualen Anteil der Kulturpolitik am Gesamthaushalt zu erhalten und bei verbesserten ökonomischen Rahmenbedingungen auszuweiten.

Unsere kulturpolitischen Zukunftsprojekte sind:

die Konsolidierung und Weiterentwicklung der Staatstheater (Staatsoper, Thalia Theater, Schauspielhaus), die zu den besten Bühnen des deutschsprachigen Raumes gehören. Wir wollen ihnen ermöglichen, diesen Rang zu erhalten. Die SPD wird sich daher unter anderem der Forderung der Staatstheater nach Planungssicherheit annehmen und sich dafür engagieren, daß verlässliche Planung auch über einen mehrjährigen Zeitraum möglich sein wird;

die Sicherung der Kampnagel-Spielstätte durch die Umsetzung der geplanten Randbebauung und die gezielte Förderung innovativer Kulturprojekte auf Kampnagel;

nach dem erfolgreichen Beispiel der Staatstheater die weitere Verselbständigung von Kultureinrichtungen, zum Beispiel der Museen, zur Förderung stärkerer unternehmerischer Freiheit: Dies erhöht die Handlungsmöglichkeiten, verstärkt die Wirtschaftlichkeit und den Eigenfinanzierungsanteil;

die Konsolidierung und Weiterentwicklung der Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen, um den Bestand und qualitativen Ausbau des für die kulturelle Grundversorgung unverzichtbaren und auch in überregionalem Vergleich besonders dichten und leistungsfähigen Bibliotheksnetzes zu gewährleisten;

die weitere Unterstützung des Denkmalschutzes als Element gestaltender Stadt-

entwicklung und angewandter Wirtschaftsförderung sowie die Fortsetzung der Inventarisierung der Kulturdenkmäler;

die Weiterentwicklung der integrierten wirtschaftlichen und kulturellen Filmförderung in Hamburg;

die weitere Unterstützung der Kulturzentren und Geschichtswerkstätten in den Stadtteilen, der Veranstaltungsreihen und Festivals, um immer wieder neuen Initiativen Raum und Unterstützung geben zu können.

Das politische Zusammenleben wird in der Kultur geformt. Kultur vermittelt Gemeinschaftserlebnisse, die wesentlich zur Erfahrung und Gestaltung der Urbanität einer Großstadt beitragen. Stadtteilkultur verbindet die Menschen mit ihrer Umwelt und ihrem Lebensraum in ihrem städtischen Quartier. Deswegen werden wir flexibel Projekte, Ereignisse und Begegnungen fördern.

Wir werden uns für eine kulturelle Struktur einsetzen, in der traditionelle Angebote mit innovativen verbunden werden können. Hamburg braucht lebendige Kultur!

Kulturförderung ist vorrangige Aufgabe des Staates. Doch nicht alles, was wünschenswert ist, kann aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Wir werden daher das traditionell in Hamburg vorhandene Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in diesem Bereich nachdrücklich fördern und die Arbeit von Vereinen, Initiativen und Gruppen unterstützen, die durch ehrenamtliche Tätigkeit und finanzielle Zuwendungen das kulturelle Angebot in der Stadt erhalten und erweitern.

Kulturpolitik hat eine dienende Aufgabe: Sie fördert und unterstützt die Arbeit der Künstlerinnen und Künstler in Hamburg und ermöglicht dem Publikum, Kultur zu erleben.

Sport ist unentbehrlich

Sport ist Bestandteil unserer Kultur. Er leistet unentbehrliche Beiträge zur Gesunderhaltung, zur Freizeitgestaltung und zum sozialen Miteinander in der Gesellschaft. Die vielfältigen Aktivitäten des selbstverwalteten, gemeinnützigen Sportes sind für eine offene Gesellschaft und für unsere demokratische Grundordnung unverzichtbar und unersetzbar. Seine Leistungen auf dem Gebiet der Jugendarbeit - gerade im präventiven Bereich - sowie bei der Integration von Ausländerinnen und Ausländern und Behinderten verdienen höchste Anerkennung. Gleiches gilt für das breit gefächerte Engagement der Ehrenamtlichen, ohne das der Sport nicht in der Lage wäre, seine Aufgabe zu erfüllen. Der gemeinnützige Sport hat Anspruch auf eine öffentliche Förderung, die seine Autonomie und seine Funktionsfähigkeit sichert.

Die Hamburger SPD wird trotz der Finanzprobleme an den Grundsätzen der Hamburger Sportförderung festhalten. Dies wird größter Anstrengungen bedürfen. Wir erwarten deshalb, daß der Sport angesichts knapper werdender öffentlicher Mittel die Ressourcen noch effektiver nutzt und weiterhin seinen Beitrag zu Einsparungen leistet. Im Zentrum aller Bemühungen müssen die Sportbedürfnisse der Menschen stehen. Dahinter haben

Vereins- und Verbandsinteressen zurückzutreten. Solidarität zwischen den Sportorganisationen und zwischen Breiten-, Leistungs- und Spitzensport ist heute mehr denn je gefordert.

Der offene Sport gewinnt zusehends an Bedeutung und verdient Unterstützung. In Anbetracht des Bewegungsmangels gerade von Kindern und Jugendlichen in der Großstadt wird die Hamburger SPD sich dafür einsetzen, weitere Bewegungsräume in innerstädtischen Gebieten zu schaffen.

Gleiches Recht für Lesben und Schwule

In Hamburg gibt es die unterschiedlichsten Formen zwischenmenschlichen Zusammenlebens. Jeder und jede sollte in seiner und ihrer persönlichen Situation gleichberechtigt sein - auch Lesben und Schwule.

Wir wollen die Lebensverhältnisse homosexueller Menschen verbessern. Auch das ist ein Beitrag zum Zusammenhalt der Gemeinschaft. Deswegen engagieren wir uns für die gesellschaftliche Anerkennung von Lesben und Schwulen und setzen uns für ihre Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen ein.

Wir werden

die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften durch ein neues Rechtsinstitut fördern, um lesbische und schwule Paare rechtlich abzuschern;

uns für Anti-Diskriminierungs-Klauseln in der Arbeitswelt zur Sicherung der öko-

nomischen Existenz einsetzen. Die Stadt wird dazu in ihrer Funktion als Arbeitgeberin ein Beispiel geben;

Gewalt gegen lesbische Frauen und schwule Männer bekämpfen. Dazu soll die begonnene Zusammenarbeit zwischen der Polizei, dem Schwulenverband Deutschlands und vergleichbaren Einrichtungen ausgebaut werden.

Ausländer sind Bürger unserer Stadt

Heute leben über 270.000 Bürgerinnen und Bürger nichtdeutscher Nationalität in unserer Stadt: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbständige, Flüchtlinge, Angehörige internationaler Institutionen und Unternehmen. Sie tragen zum Bild Hamburgs als liberaler und weltoffener Stadt bei, das geprägt ist durch das Zusammenleben verschiedenster Nationalitäten. Sie fördern durch ihre Arbeit die Wirtschaftskraft dieser Stadt.

Wir wollen, daß sie zu uns gehören und sich in Hamburg zu Hause fühlen. Dabei achten wir ihre Kultur und ihre Religion sowie ihre Formen des menschlichen Zusammenlebens. In diesem Sinne treten wir für die rechtliche und soziale Integration insbesondere der längerfristig hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer ein.

Dazu gehört neben der Beachtung der allgemeinen Bürgerpflichten auch die Teilhabe an den Staatsbürgerrechten.

Wir freuen uns, daß Bürgerinnen und Bürger aus den Staaten der Europäischen

Union jetzt die Bezirksversammlungen mitwählen können.

Damit die neuen Bürgerinnen und Bürger besser an den staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten teilhaben können, wollen wir die Möglichkeiten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, erleichtern. Wir unterstützen daher die Bundesratsinitiativen des Senats zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, nach der

die Kinder von in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Ausländerinnen und Ausländern mit ihrer Geburt im Bundesgebiet die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten sollen;

ausländischen Kindern nach fünfjährigem rechtmäßigem Aufenthalt in Deutschland ein Einbürgerungsanspruch eingeräumt wird.

In beiden Fällen soll die bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten werden können (doppelte Staatsangehörigkeit).

Auf der Basis der bestehenden Gesetze gilt: Wir wollen durch gezielte Beratung und Unterstützung die generelle Bereitschaft zur Einbürgerung fördern.

Menschen, die in anderen Ländern verfolgt werden und Kriegsflüchtlingen wollen wir weiter Schutz gewähren. Dieser Schutz ist auf den Zeitraum des Konfliktes beschränkt. Deshalb erwarten wir zum Beispiel jetzt die freiwillige Rückkehr bosnischer Kriegsflüchtlinge in ihre alte oder in eine neue Heimat im ehemaligen

Jugoslawien und wollen diese freiwillige Rückkehr unterstützen. Um auch künftig Akzeptanz für die Aufnahme von Flüchtlingen zu gewährleisten, werden wir aber auch dafür Sorge tragen, daß die Flüchtlinge, die nicht freiwillig zurückkehren, im Rahmen eines Stufenplans zurückgeführt werden. Dabei berücksichtigen wir die Situation im Herkunftsstaat sowie berechnete individuelle Gründe für einen begrenzten, vorübergehenden Verbleib, um eine Rückkehr in Sicherheit und unter Wahrung der Menschenwürde zu gewährleisten.

Darüber hinaus wollen wir zwischen den Bundesländern eine gerechtere Verteilung von Bürgerkriegsflüchtlingen und anderen Ausländerinnen und Ausländern, die wegen konkreter Hindernisse nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können, herbeiführen. Entsprechende Initiativen des Senats unterstützen wir mit Nachdruck.

Hamburg als Großstadt und Metropole hat eine besondere Anziehungskraft auf Zuwanderungswillige. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen die Sorgen vieler Menschen vor unkontrollierter Zuwanderung und ihren Folgen für die Großstadt sehr ernst. Unsere Politik, die Eingliederung und Integration ausländischer Bürgerinnen und Bürger durch weitere Verbesserungen ihrer Rechtsstellung zu fördern, erfordert daher im Gegenzug eine wirksame Steuerung der Zuwanderung. Hierzu gehört die konsequente Anwendung der geltenden Rechtsvorschriften einschließlich der Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern, soweit nicht sonstige Abschiebehindernisse dem entgegenstehen.

Hamburgs Verwaltung: bürgernah und fit für die Zukunft

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihrer Verwaltung mehr Kundenorientierung, mehr Flexibilität, mehr Bürgernähe, mehr Service und angemessene Preise (Gebühren).

Die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und Dienstleistungen ist für die Hamburger SPD deswegen in den vergangenen Jahren eine ständige Aufgabe gewesen. Verwaltung soll qualitäts- und kostenbewusste Dienstleistung sein: innovativ, leistungsstark und zukunftsfähig.

Um das zu erreichen, werden wir

Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit (Effizienz und Effektivität) erhöhen,

Kundenorientierung verbessern,

Mitarbeitermotivation stärken,

Flexibilität und Dezentralisierung der Ressourcenverantwortung durchsetzen.

Erfolgreiche Verwaltungsmodernisierung wird nicht am grünen Tisch gemacht. Wir entscheiden uns daher bewußt für einen dezentralen und kooperativen Ansatz, bei dem die verantwortliche Gestaltung des Prozesses vor Ort unter umfassender Beteiligung der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entscheidend ist.

Überall dort, wo es sinnvoll ist, werden verstärkt bewährte betriebswirtschaftliche Instrumente und Methoden (Produkt-

informationen, Kosten- und Leistungsrechnung, Budgetierung, Qualitätsoffensive und Controlling) eingesetzt. Ausgewählte Beispiele für unsere erfolgreichen Anstrengungen in der noch laufenden Legislaturperiode sind:

Das in einigen Verwaltungsbereichen bereits eingeführte Neue Steuerungsmodell sorgt dafür, daß Verwaltungshandeln stärker am Ergebnis ausgerichtet und gemessen werden kann. Das Leistungs- und Kostenbewußtsein wird gestärkt;

mit der Bezirksverwaltungsreform werden die Aufgaben zwischen dem Senat als Landesregierung und den Bezirks- und Ortsämtern als dezentralen Einheiten klarer aufgeteilt. Was vor Ort geregelt und entschieden werden kann, soll auch dort entschieden werden;

über 18.000 Büro-Arbeitsplätze in der Hamburger Verwaltung sind mit Computern ausgestattet. Tempo und Bürgernähe werden damit erhöht;

die Leistungsfähigkeit und damit die Schnelligkeit der Finanzämter wurde massiv verbessert;

die Dienste der Einwohnerämter können künftig unabhängig von der örtlichen Zuständigkeit von jedem Bezirks- und Ortsamt aus in Anspruch genommen werden;

mit dem Direkten Bürgerinformationssystem kann man sich noch vor dem Behördengang über Zuständigkeiten,

Öffnungszeiten und Antragsvoraussetzungen informieren;

eine Erweiterung ihrer Handlungsmöglichkeiten eröffnet den Schulen neue Gestaltungsspielräume bei der Bewirtschaftung ihrer Budgets;

die Budgetierung bringt den Hochschulen die nötige Flexibilität, Entscheidungsfähigkeit und Autonomie, um ihre Mittel möglichst effektiv einsetzen zu können;

mit der Neuorganisation des Hochbauwesens wurden die Hochbaudienststellen sowohl dem internen als auch dem Wettbewerb mit privaten Anbietern ausgesetzt;

abgrenzbare Betriebs- und Verwaltungsbereiche wurden in großem Umfang ausgegliedert. Ihre betriebliche Steuerungsfähigkeit wurde damit verbessert.

Diesen Modernisierungsweg werden wir fortsetzen. Zur modernen Verwaltung gehören jedoch nicht nur neue Führungs- und Managementmethoden, sondern auch neue Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. In Moderationsverfahren wurden mit den Menschen aus Wilhelmsburg die erforderlichen Schritte zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in ihrem Stadtteil entwickelt und in Bahrenfeld/Othmarschen die Möglichkeiten ausgelotet, über der jetzigen Autobahn einen "Deckel" zu errichten und so die zerschnittenen Stadtteile wieder zusammenzuführen. Wir wollen diese Mitwirkung an Planungsprozessen

fortführen, um schneller zu Ergebnissen zu gelangen, die von den Betroffenen akzeptiert werden.



VI. Investitionen für die Zukunft - Chancen für unsere Kinder

Für eine kinder- und familienfreundliche Stadt

Eltern unterstützen und gute Zukunftschancen für die Kinder in unserer Stadt schaffen - das ist das Ziel sozialdemokratischer Politik. Kinder und Jugendliche sollen in Kindertagesstätten, in Schulen und Freizeiteinrichtungen betreut und nach ihren Fähigkeiten gefördert werden. Gute Bildung und berufliche Ausbildung sind die Voraussetzung dafür, daß sie die Herausforderungen der Zukunft bestehen.

Kinder brauchen für ihre Entwicklung verlässliche Beziehungen und Lebensräume. Sie brauchen Möglichkeiten, ihre Lebenswelt mitzugestalten. Sie brauchen Orientierung und verständliche Grenzen, in denen sie sich erproben können.

Wir werden Eltern unterstützen, ihre Erziehungsaufgabe verantwortlich wahrnehmen zu können. Vorbeugende Hilfen durch Elternschulen, Beratungsstellen, Kinder- und Familienhilfzentren sollen Vorrang haben. Die ersten Kinder- und Familienhilfzentren in Billstedt, Lurup und Harburg-Kerngebiet sind eingerichtet. Allermöhe öff-

net noch im Herbst 1997 und weitere werden folgen;

durch den Ausbau von Kindertageseinrichtungen ist der Rechtsanspruch für drei- bis sechsjährige Kinder auf einen Kindergartenplatz erfüllt. Zwei Drittel der 69.500 Plätze sind Ganztagsplätze. Beim zukünftigen Ausbau werden wir Krippen- und Schulkindern ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot ermöglichen;

das Netzwerk der Familienhilfen, der offenen Angebote für Kinder und Jugendliche, der Hilfen zur Erziehung und der Kindertagesbetreuung im Stadtteil soll noch enger geknüpft werden;

der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung und sexueller Gewalt wird durch verstärkte Beratung und mehr ambulante Hilfen zur Erziehung weiter verbessert.

Politik für Jugendliche muß in allen Politikbereichen Berücksichtigung finden. Dies betrifft vor allem das Thema Arbeitsplätze. Besonders wichtig sind darüber hinaus geeignete Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Wir setzen uns daher für ausreichend öffentliche und kommerzielle Angebote an Jugendliche ein, die sich gegenseitig ergänzen.

So wollen wir

das Netz der Häuser der Jugend erhalten und ihre Öffnungszeiten zum Beispiel an Wochenenden verbessern;

die Tätigkeit gemeinnütziger Vereine

auf dem Gebiet der Jugendarbeit weiter unterstützen;

Lebens-, Sport- und Aufenthaltsräume in der Stadt schaffen, die für Jugendliche attraktiv sind;

bei der Stadtentwicklung dafür eintreten, an geeigneten Stellen Freizeitstätten (Discos, Gaststätten usw.) zu schaffen oder zu sichern.

Jugendliche werden aber nur dann eine aussichtsreiche Lebensperspektive haben, wenn wir für ein gutes, zukunftsorientiertes Schul-, Ausbildungs-, Hochschul- und Weiterbildungsangebot sorgen. Dabei wird die Fähigkeit, mit den neuen Medientechniken umzugehen und die durch diese Medien vermittelten Inhalte kritisch und selbstbestimmt zu verarbeiten, eine wichtige Rolle spielen.

Recht auf Bildung und Ausbildung

Hamburg ist das Bundesland mit der höchsten Bildungsbeteiligung. Immer mehr junge Menschen erreichen immer höhere Abschlüsse. Bildungsbarrieren werden erfolgreich abgebaut.

Das haben wir erreicht:

Hamburg unterhält das bundesweit dichteste Netz von Maßnahmen zur Integration behinderter Kinder und Jugendlicher;

die verlässliche Halbtagsgrundschule wurde in der ersten Region erfolgreich eingeführt;

der Englisch-Unterricht ab Klasse 3 der Grundschule wurde begonnen;

weitere Schulen wurden zu Ganztags-schulen umgewandelt;

für besonders Begabte wurde eine Beratungsstelle eingerichtet, die es so nur in Hamburg gibt;

zur Förderung besonderer Begabungen bei Kindern und Jugendlichen wurden die Wettbewerbe in den Schulen ausgebaut;

das Umweltbewußtsein und die Selbstverantwortung der Schülerinnen und Schüler werden durch die Projekte "Fifty-Fifty - Energiesparen an Schulen" und "Umweltschulen in Europa" gestärkt;

mit "Hamburger Schulen ans Netz" wird der Zugang zu Informations- und Kommunikationstechniken ausgebaut.

Dies sind Wegmarken sozialdemokratischer Schulpolitik in den zurückliegenden Jahren. Ihren Rahmen haben sie im neuen Schulgesetz gefunden. Es sichert die Leistungsfähigkeit eines entwicklungs-offenen Schulwesens sowie die Mitwirkungsrechte aller Beteiligten und garantiert durch zeitgemäße Steuerungsinstrumente Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen, Vielfalt der Bildungsangebote, Gleichwertigkeit der Abschlüsse und Qualität des Unterrichts.

Auf der Grundlage des Wahlrechts für eine Schulform befürwortet die SPD auch weiterhin aus bildungspolitischen Grün-

den nachdrücklich die Entwicklung integrativer Schulsysteme. Daher werden wir Gesamtschulen entsprechend ihren besonderen Aufgaben weiter fördern.

In den kommenden Jahren werden wir

die verlässliche Halbtagsgrundschule bis 1999 flächendeckend einführen;

die Schulen verstärkt auf die Informations- und Kommunikationsgesellschaft ausrichten;

die Zweisprachigkeit von Kindern und Jugendlichen durch den Ausbau muttersprachlichen Unterrichts und die Einrichtung bilingualer Züge fördern. Den Erwerb von Europaqualifikationen werden wir durch die Pflege der Sprachenvielfalt und verstärkten Schüleraustausch ausbauen;

stärker auf das Berufsleben orientieren, die Berufs- und Arbeitswelt stärker in den Unterricht einbeziehen, mehr Betriebspraktika ermöglichen, Wirtschaft und Technik stärker berücksichtigen und den Erwerb von Schlüsselqualifikationen und grundlegenden Kompetenzen stärker gewichten;

das duale System der beruflichen Ausbildung stärken und weiterentwickeln, indem neue Ausbildungsberufe eingeführt und bestehende modernisiert werden. Durch eine intensive Kooperation zwischen Betrieben und Berufsschulen sollen die Ausbildungsinhalte beider Lernorte besser aufeinander bezogen und die betrieblichen Ausbildungszeiten durch eine flexible Organisation des Berufsschulunterrichts erhöht werden;

sozial benachteiligten und lernschwachen Jugendlichen bessere Möglichkeiten geben, betriebliche Berufserfahrung zu erhalten, zum Beispiel durch die Bereitstellung von sozialversicherungspflichtig ausgestatteten Praktikantenplätzen in privaten Betrieben.

Hochschulen: innovative Fundamente für Hamburgs Zukunft

Bildung und Forschung prägen unsere Zukunft. Das gilt für jeden Einzelnen wie für die Gesellschaft insgesamt. Deshalb steht Hamburg mit seinen Wissenschaftsausgaben pro Einwohner im Ländervergleich an zweiter Stelle.

Der Weg zu einem Hochschulabschluß steht in Hamburg allen Menschen offen, die sich durch Fleiß und Intelligenz dafür qualifizieren. Die Hamburger Schulen vermitteln fast der Hälfte eines Schülerjahrgangs die Berechtigung zum Besuch einer Universität oder Fachhochschule. Wer studieren will, soll das auch können. Deshalb bieten wir jährlich 11.000 Studienanfängerplätze an. Damit ist gesichert, daß die Studiennachfrage aus Hamburg befriedigt wird und auch für Studienbewerber aus anderen Ländern oder dem Ausland Plätze zur Verfügung stehen. Das ist bundesweit eine einmalige Leistung. Wir werden den Zugang zur Hochschule für Abiturienten und Berufserfahrene ohne Abitur erhalten und keine neuen Hürden durch Eingangsprüfungen und Studiengebühren aufbauen.

Als Folge der notwendigen Haushaltskonsolidierung wird die Zahl der Studienplätze ins-

gesamt aber kleiner werden, je nach Hochschule mit unterschiedlichem Gewicht.

Die Universität soll ca. 15 % weniger Studienplätze anbieten. Die Vielfalt ihrer Fächer soll zwar erhalten bleiben, aber innerhalb der Fächer soll das Angebot so konzentriert werden, daß die besonderen Stärken der Universität weiter profiliert werden;

die Fachhochschule soll in Fächern wie "Wirtschaft" und "Pflege und Gesundheit" wachsen, aber insgesamt um ca. 7 % ihrer Studienplätze kleiner werden. Sie wird auf vier Standorte konzentriert werden und mit einem Neubau am Berliner Tor bessere Lehrbedingungen realisieren;

die Technische Universität wird weiter ausgebaut und erhält einen Erweiterungsbau;

die künstlerischen Hochschulen und die Hochschule für Wirtschaft und Politik bleiben mit ihren einmaligen Angeboten erhalten und bereichern das Hamburger Studienangebot.

Hamburgs Hochschulen müssen ihr Profil schärfen, um im Wettbewerb durch hohe Qualität in Forschung und Lehre zu bestehen. Sinnvermittlung und Bildung müssen wieder größere Bedeutung erhalten. Die Kenntnis fremder Sprachen, die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen oder eine informationstechnische Qualifikation sind für Studierende aller Bereiche von zunehmender Bedeutung.

Berufliche Anforderungen haben sich geändert; dies muß das Studium wider-

spiegeln. Studiengänge müssen neu strukturiert werden, damit die Studierenden ihr Studium zeitlich und inhaltlich auf der Basis einer klaren Orientierung selbstverantwortlich gestalten können. Dazu ist auch eine bessere Betreuung der Studierenden nötig. Die Studienstrukturen sollen so verändert werden, daß sie ein Studium im Ausland erleichtern und die Hamburger Hochschulen für ausländische Studierende besonders attraktiv machen.

Nach dem Beispiel der Technischen Universität Hamburg-Harburg und der Hochschule für Wirtschaft und Politik soll es künftig mehr Studienangebote mit gestuften Abschlüssen (erste Abschlußmöglichkeit nach drei Jahren), Studienmodulen und studienbegleitenden Prüfungen geben. Durch Studienmodule kann auch der Weiterbildungsauftrag der Hochschulen besser wahrgenommen werden. Die Lehrerausbildung muß in Richtung einer stärkeren Durchdringung von praktischer und theoretischer Ausbildung und einer Entfrachtung von Studieninhalten reformiert werden.

Die Budgetierung (Globalhaushalte) bringt den Hochschulen die nötige Flexibilität, Entscheidungsfähigkeit und Autonomie, um ihre Mittel möglichst effektiv einsetzen zu können. Den schwierigen Prozeß der Umsetzung werden wir unterstützen. Leistungsvereinbarungen und ein modernes Controlling sind die Instrumente, um die von Bürgerschaft und Senat gesetzten Ziele umzusetzen. Der Verlagerung von Zuständigkeiten muß eine Dezentralisierung innerhalb der Hochschulen folgen, die das Verhältnis von Fachbereichen zur Hoch-

schulleitung neu bestimmt und eine stärkere Wahrnehmung von Managementfunktionen ermöglicht.

In den Laboren und Seminaren der Hochschulen oder Forschungseinrichtungen wie DESY wird heute entwickelt, was die Zukunft bestimmt. Forschung will zu neuen Erkenntnissen im Verständnis von Natur und Gesellschaft kommen. Die große Bedeutung der Klima- und Meeresforschung in Hamburg zeigt, daß unsere Forschungspolitik Überlebensfragen der Menschheit zum Inhalt hat. Hamburg hat den einmaligen Vorzug, daß in räumlicher Nähe die ganze Breite der wissenschaftlichen Disziplinen vertreten ist, die zur Lösung dringender gesellschaftlicher Probleme beitragen. Daraus ergibt sich auch die Chance, neue Technologien und zukunftsträchtige Produkte zu entwickeln, um neue Arbeitsplätze für die Region zu schaffen und den Modernisierungsprozeß zu gestalten.

Von besonderer Bedeutung sind dafür Forschungsbereiche wie

*Molekulare Biotechnologie und Medizin-
forschung und -technik,*

Materialwissenschaft,

Mikrosystemtechnik,

*Informations- und Kommunikations-
technologien.*

Den Technologietransfer zwischen den Unternehmen, den Forscherinnen und Forschern wollen wir verstärken.

Hamburg wird als Kultur- und Medienmetropole sowie als Dienstleistungszentrum seine Kultur- und Sozialwissenschaften erhalten und fördern. Beide Bereiche sind für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar. Die Stadt braucht sie, um die gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen. Die Stärkung der Zeitgeschichtsforschung zum Beispiel und des kulturwissenschaftlichen Arbeitszusammenhangs um das Warburg-Haus belegen, daß unsere Forschungspolitik nicht auf vordergründige Nützlichkeit zielt.



**Von Hamburg
verstehen wir mehr.
Gerade in
schwierigen Zeiten
Zukünftige
Herausforderungen
annehmen**

Unsere Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft heißt Leistung und Solidarität. Nur eine Gesellschaft, die Vorsprung und Leistung bejaht und wirtschaftlich erfolgreich ist, wird auf Dauer eine solidarische Gesellschaft sein. Der soziale Staat ist für die Schwachen und für Menschen in Not genau solange viel wert, wie die Gemeinschaft aller ihn sich leisten kann und will.

Wir müssen klar aussprechen, daß die Möglichkeiten, sich national oder regional vom globalen Wandel abzukoppeln, immer mehr abnehmen. Als Teil der einen Welt können wir den internationalen Veränderungen nicht ausweichen. Statt über die Erfolge der Konkurrenz zu jammern, kommt es darauf an, die eigenen Stärken auszubauen. Arbeitsplätze und gesunde Betrieben zu schaffen und zu erhalten, hat gerade in schwierigen Zeiten für Hamburg höchste Priorität.

Für die Entwicklung der Metropolregion Hamburg werden wir den Flughafen weiter modernisieren und besser anbinden, die Fahrinne der Elbe anpassen und den Hafen in Altenwerder erweitern. Diese Zukunftsmaßnahmen sind unverzichtbar.

Wirtschaftliche Entwicklungschancen müssen gerade in Hamburg entschlossen genutzt werden. Im Zweifel werden wir in Hamburg für die Arbeitsplätze entscheiden. Wie bei der Entwicklung neuer Beschäftigung im Medienbereich oder im Standortwettbewerb um den Flugzeugbau. Sollte es die Chance geben, den Airbus 3XX ("Jumbo von Airbus") auf Finkenwerder zu montieren, sind wir bereit, das Werk erneut zu erweitern.

Die Qualität von Bildung und Wissenschaft hat in der Vergangenheit Deutschlands Rang in der Welt bestimmt. Leistung und Solidarität müssen auch in Schule und Hochschule die Richtschnur unserer Politik sein. Im Wettbewerb der Standorte von morgen hat derjenige Arbeitsplätze, der besser und schneller

ist und gewinnen will. Unser Ziel in Deutschland muß deshalb sein: das beste Bildungswesen der Welt, einen Ausbildungsplatz für jeden und lebenslanges Lernen. Dies ist nicht zwingend gleichbedeutend mit höheren Ausgaben, sondern Bildungsreform, Inhalte,haltungen und Qualität entscheiden. Nur wenigen Menschen fällt alles zu. Können, wissen, lernen, sich anstrengen gehören zusammen.

Die vor uns liegenden großen Herausforderungen sind nicht bloß Risiko. Sie geben uns die Chance, Gewohnheiten auf den Prüfstand zu stellen, eingefahrene Pfade zu verlassen, neue, aussichtsreiche Wege zu gehen. Sozialdemokratische Politik muß Ansprüche in Frage stellen, Lösungen überprüfen und Innovationen wagen. Dabei gibt es keine Alternative zu dem harten, gerechten und erfolgreichen Weg der Sanierung der öffentlichen Finanzen der Stadt, den der Senat eingeschlagen hat. Unsere Möglichkeit, die laufenden Haushaltslöcher durch Verkauf von öffentlichem Vermögen zu schließen, sind auf wenige Jahre begrenzt. Im kommenden Jahrzehnt müssen die laufenden Ausgaben wieder durch Steuereinnahmen gedeckt und schrittweise die Investitionen durch laufende Einnahmen finanziert werden.

Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Europa eröffnen Hamburg völlig neue Entwicklungsmöglichkeiten. Dafür werden wir durch richtungweisende stadtentwicklungspolitische Entscheidungen die Weichen zu stellen haben. Ebenso wie die Bür-

germeister Versmann und Mönckeberg vor über 100 Jahren durch die Entscheidung für Freihafen und Speicherstadt ein neues Fundament für Generationen schufen, erfordern die Umbrüche unserer Zeit weitsichtiges Umsteuern und große Projekte. Wir müssen gemeinsam die Zukunft Hamburgs als Weltstadt in Nordeuropa gewinnen.

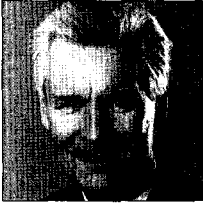
Dazu gehört eine neue Entschlossenheit in Staat und Gesellschaft, Rechtsfrieden und Sicherheit unter den Bürgern - das "Gewaltmonopol" des Staates - mit Zivilcourage, wirksamen gesetzlichen Grundlagen und besonnenen Beamten verlässlich zu schützen. Es ist offenbar: Die Schönwetterperiode seit Anfang der 70er Jahre ist vorbei. Die jetzigen Fehlentwicklungen erfordern neue Antworten.

In einer seiner letzten Reden hat Willy Brandt die Aufgabe formuliert: "Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, daß jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll!"

Die Hamburger SPD stellt sich dieser Aufgabe. Mit Bürgermeister Henning Voscherau an der Spitze ist sie die einzige Kraft in Hamburg, die eine gerechte, dem Gemeinwohl verpflichtete Politik durchsetzt, rücksichtslosen Gruppeninteressen entgegentritt und zugleich im weltweiten Wandel Stärke und Erfolg schafft: Von Hamburg verstehen wir mehr - gerade in schwierigen Zeiten. Dazu braucht der Bürgermeister Ihre Rückenstärkung.



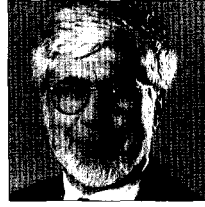
Kandidaten-Liste zur Bürgerschaftswahl 1997



1. Dr. Henning Voscherau
Erster Bürgermeister



2. Ute Pape
Bürgerschaftspräsidentin



3. Erhard Pümm
Gewerkschaftssekretär



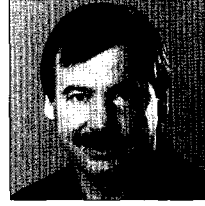
4. Horst Schmidt
Vizepräsident der
Handwerkskammer



5. Elisabeth Kiausch
Senatorin a. D.



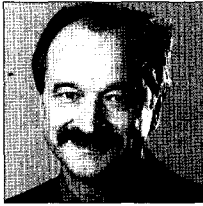
6. Petra Brinkmann
Hausfrau



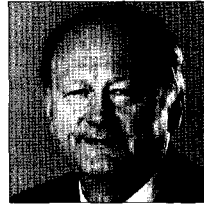
7. Ortwin Runde
Senator



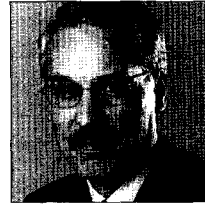
8. Dorothee Stapelfeldt
Kunsthistorikerin



9. Walter Zuckerer
Angestellter



10. Eugen Wagner
Senator



11. Fritz Vahrenholt
Senator/Chemiker



12. Rosemarie Raab
Senatorin



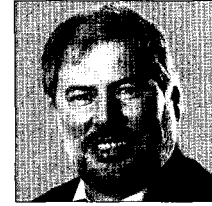
13. Helgrit Fischer-Menzel
Senatorin



14. Rolf Lange
Geschäftsführer



15. Martin Schäfer
Mathematiker



16. Wolfgang Franz
Rechtsanwalt



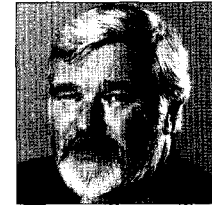
17. Renate Vogel
Sozialökonomin



18. Tanja Bestmann
Dipl.-Ingenieurin



19. Günter Frank
Berufsschullehrer



20. Jan Ehlers
Senator a. D.



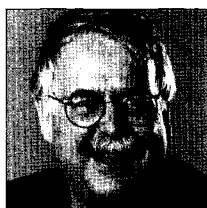
21. Rüdiger Schulz
Angestellter



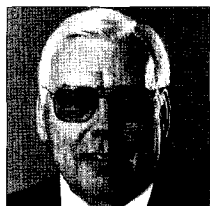
22. Barbara Duden
Dipl.-Bibliothekarin



23. Monika Schaal
Journalistin



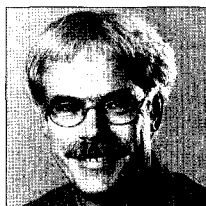
24. Leonhard Hajen
Senator



25. Ingo Kleist
Wasserschutzpolizist



26. Anke Hartnagel
Angestellte



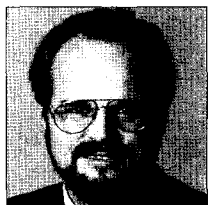
27. Jens Rocksien
Lehrer



28. Ingrid Cords
Angestellte



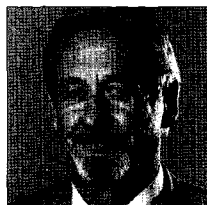
29. Rolf Polle
Handelslehrer



30. Uwe Grund
Gewerkschaftssekretär



31. Andrea Hilgers
Unternehmensberaterin



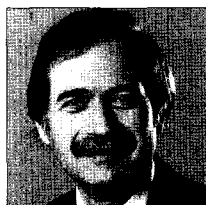
32. Wolfgang Baar
Angestellter



33. Karin Rogalski
Angestellte



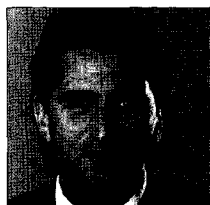
34. Britta Ernst
Dipl.-Sozialökonomin



35. Holger Christier
Oberstudienrat



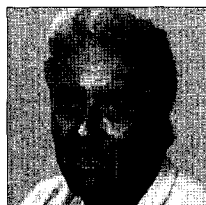
36. Heidemanie Scherweit-Müller
Reederei-Betriebsrätin



37. Werner Dobritz
Geschäftsführer



38. Brigitte Brockmüller
Dipl.-Sozialwirtin



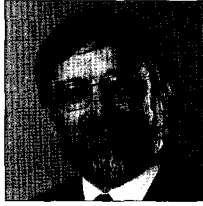
39. Willy Witte
Rentner



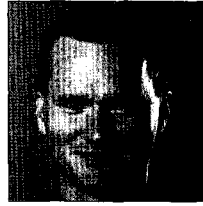
40. Lutz Kretschmann
Catering-Manager



41. Jan Riecken
Student



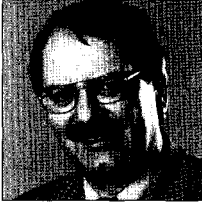
42. Dietrich Elger
Lehrer



43. Michael Neumann
Soldat



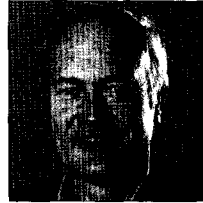
44. Erika Wolsin
Schneiderin



45. Holger Kahlbohm
Angestellter



46. Thomas Böwer
Angestellter



47. Michael Dose
Rektor



48. Wolfgang Marx
Auktionator



49. Doris Mendel
Verwaltungsbeamtin



50. Mathias Petersen
Dr. med.



51. Barbara Brüning
Erziehungswissenschaftlerin



52. Hans Schefe
Hausmeister



53. Dr. Franklin Kopitzsch
wiss. Angestellter



54. Carmen Walther
Unternehmerin



55. Wolf-Dieter Scheurell
Dipl.-Ingenieur



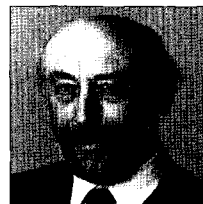
56. Elisabeth Schilling
Redaktionsassistentin



57. Jürgen Schmidt
Steuerbeamter



58. Monika Gawron
Verwaltungsangestellte



59. Rolf-Dieter Klooß
Rechtsanwalt



60. Silke Urbanski
Historikerin



61. Helga Weise
Dipl.-Kauffrau



62. Lusia Fiedler
Lehrerin



63. Kirsten Schenk
wiss. Mitarbeiterin



64. Anja Schäfer
Politologin



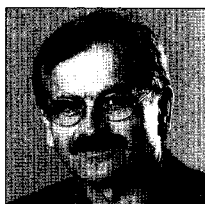
65. Dr. Ingrid Stöckl
Verwaltungsangestellte



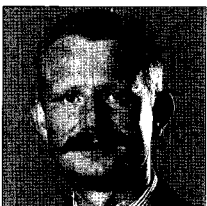
66. Andreas Schiemenz
Volkswirt



67. Maren Piske
Steuerberaterin



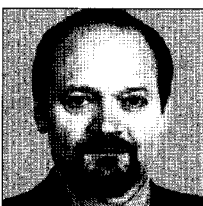
68. Leonhard Baumert
Oberstudienrat



69. Rüdiger Rust
Verwaltungsangestellter



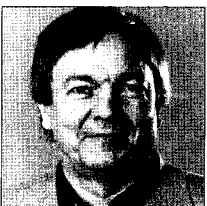
70. Fatemeh Ain
MTA



71. Hans-Joachim Meissner
wiss. Angestellter



72. Jan Quast
Dipl.-Kaufmann



73. Dettel Umbach
Dipl.-Politologe



74. Rolf Köpke
Angestellter



75. Carola Veit
Rechtsanwaltsgehilfin



76. Gesine Dräger
Studentin



77. Jutta Naujokat-Gravert
freie Handelsvertreterin



78. Brunhild Warncke
Verwaltungsangestellte



79. Bärbel Bartels
Dipl.-Mineralogin



80. Isabella Vértes-Schütter
Theater-Intendantin

Bibliothek der FES



1126632

